

Neuer Vorwärts

Sozialdemokratisches Wochenblatt

Nr. 156

SONNTAG, 7. Juni 1936

Aus dem Inhalt:
Integraler Sozialismus
Die russischen Erfahrungen
Die Tragik des Konservatismus
Liebesgaben für Konzernführer

Verlag: Karlsbad, Haus „Graphia“ — Preise und Bezugsbedingungen siehe Beiblatt letzte Seite

Währungssorgen des Dritten Reichs

Der Kurs Schachts geht zunächst weiter

Die Verschärfung der wirtschaftlichen Schwierigkeiten Deutschlands drückt sich im Diktaturstaat aus durch eine noch gesteigerte Unterdrückung aller wirtschaftlich bedeutsamen Nachrichten und Erörterungen in der deutschen Presse. Um Schacht, dessen Politik so heftig umkämpft war, ist es merkwürdig still geworden. Das bedeutet natürlich nicht, daß der Konflikt beendet ist. Hinter Göring, bei dem jetzt die letzten Entscheidungen über die Währungs- und Wirtschaftspolitik liegen, steht der preussische Finanzminister Popitz, Schachts alter Feind, und noch gefährlicher vielleicht kann ihm Herr Keppler werden, der zu den engeren Vertrauten Hitlers gehört und überzeugt ist, daß er zur Rettung der deutschen Wirtschaft viel eher berufen sei als der Reichsbankpräsident aus der Weimarer Zeit.

Unterirdisch gehen so die Intrigen zwischen den Anhängern Schachts und den Befürwortern der Devaluation fort. Zunächst allerdings scheint das System der Devisenzwangswirtschaft aufrechterhalten zu werden. Denn gerade jetzt sind einige Verschärfungen verfügt worden, deren wirtschaftliche Bedeutung nicht mehr weitgehend ist, die aber um so bezeichnender sind für die große Devisennot einerseits, für den Drang zur Flucht in die Sachwerte andererseits. Zunächst wird die Freigrenze, innerhalb derer Zahlungen an das Ausland ohne Beschränkungen möglich sind, weiter verengt. Bei Einführung der Devisenzwangswirtschaft nach der Bankenkrise von 1931 betrug der Reichsmarkbetrag, bis zu dem Auslandszahlungen genehmigungsfrei blieben, 3000 RM: er wurde sukzessive auf 1000, dann 200, dann 50 RM vermindert und schließlich bei Einführung des »Neuen Plans« Schachts im Herbst 1934 auf 10 RM herabgesetzt. Jetzt hat man die Verwendung auch dieses geringen Betrages für Bezahlung von Waren — hauptsächlich handelte es sich um den Bezug von Büchern und Zeitschriften aus dem Ausland — und für Unterstützungen an Ausländer, die mit dem Einzahler nicht verandt sind, verboten, so daß die Freigrenze nur mehr für den Reiseverkehr und die Verwandtenunterstützungen benutzt werden darf. Denn, sagt — und das ist das Interessante — die Begründung, die Belastung der Devisenbilanz hat — durch diese Bagatellzahlungen! — ein Maß erreicht, das angesichts des Ernstes der Devisenlage nicht mehr »tragbar« erscheint!

Eine andere Bestimmung dehnt das Verbot der Einfuhr und der Annahme aus dem Ausland stammender deutscher Banknoten auch auf die deutschen Scheidemünzen aus, um dem zunehmenden Schmuggel entgegenzuwirken. Viel symptomatischer aber noch ist eine weitere Anordnung, die die Versendung von Edelmetallwaren ins Ausland, die üblicherweise nicht aus diesen Edelmetallen hergestellt werden, an eine Genehmigung der Devisenstellen bindet. Um was es sich dabei handelt, erfährt man aus einem Rundschreiben der Reichsdevisenstelle, in dem festgestellt wird, daß Gardinenringe und Autonommernschilder aus Gold, sowie Spiegel aus Platin hergestellt und ins Ausland verbracht werden — ein interessanter Beitrag dafür, welche Wege eingeschlagen werden, um Vermögensteile noch rechtzeitig aus der blühenden deutschen Wirtschaft zu retten.

An sich haben natürlich solche kleine Mittel der Kapitalflucht ebensowenig Bedeutung, wie die Maßnahmen zu ihrer Bekämpfung. Von anderen hört man aber nichts. Noch ist die Art, wie die neue Abgabe von einer Milliarde RM zur Subvention der Ausfuhr aufgebracht werden soll, nicht bekannt und schon kündigt der Staatssekretär im Reichsfinanzministerium Reinhart an, daß das Steueraufkommen für das laufende Finanzjahr um eine Milliarde gesteigert werden müsse. Das bestätigt zunächst unsere Angabe, daß das am 1. April abgeschlossene Etatjahr trotz der gestiegenen Einnahmen wieder ein Defizit im »ordentlichen« Haushalt von mindestens einer Milliarde aufweist. Es ist aber nicht recht zu erkennen, woher die neue Milliarde herkommen soll. Daß, wenn man innerhalb dreier Jahre 30—40 Milliarden künstlich geschaffener Zahlungs- und Kreditmittel in die Wirtschaft pumpt, die Steuern höhere Beträge liefern müssen, ist selbstverständlich, aber diese Zunahme

hat Grenzen; denn hat die Expansions der Wirtschaft einmal einen bestimmten Umfang erreicht, so hört damit auch die weitere Vermehrung der

Steuerergiebigkeit auf. Entweder müßten also die inflationistisch finanzierten Staatsaufträge auch in diesem Jahre noch erheblich vermehrt werden, was einerseits Wachsen des ungedeckten Defizits bedeutete, andererseits aber an die Schranken der Rohstoffbeschaffungsmöglichkeiten stößt, oder aber, es müßten neue Steuererhöhungen vorgenommen werden, und das ist schon, als Schacht und Krosigk es forderten, dem bisher unüberwindlichen Widerstand der Partei begegnet.

Auch mit den Versuchen, wenigstens einen Teil der kurzfristigen Schulden in langfristige Anleihen umzuwandeln, ist Schacht in letzter Zeit nicht mehr recht vorangekommen. Nicht nur die Versicherungsgesellschaften, sondern auch viele Industrieunternehmen, die Banken und Sparkassen sind mit Reichsanleihen voll gestopft und die Zuflüsse bei den Sparkassen verlangsamten sich deutlich. Die Spareinlagen sind bei den deutschen Sparkassen im März um 22,2 auf 13.954,9 Mill. gestiegen, aber nur durch Zinsgutschriften, Umbuchungen usw.; ohne diese hätte sich ein Auszahlungsüberschuß von 8,9 Mill. ergeben, nachdem bereits im Februar eine

Verringerung des Einzahlungsüberschusses eingetreten war. Die Auszahlungen sind im März um 62 Millionen gestiegen, die Einzahlungen dagegen sind um 26 Millionen zurückgegangen. Beide Erscheinungen, bemerkt die »Frankfurter Zeitung« dazu, sind offenbar zum Teil saisonbedingt; offenbar werden aber auch die bei den Sparkassen angelegten Spargelder stärker für eigene Bedürfnisse und wirtschaftliche Aufgaben eingesetzt. Zum Teil aber ist die Abnahme der Einlagen auch auf die zunehmenden Währungsbesorgnisse zurückzuführen. Die Bevölkerung weiß allmählich, daß ihre Einlagen nicht mehr in soliden Wirtschaftskrediten und Hypotheken angelegt werden, sondern in einem wachsenden und schon längst ungesund gewordenen Umfang in Reichsanleihen, deren Wert immer problematischer wird, und sie zieht es deshalb vor, die Ersparnisse, soweit sie solche angesichts der zunehmenden Teuerung überhaupt noch erübrigen kann, in wertbeständigeren Gütern als den Reichspapieren anzulegen.

Da Schacht mit der Fundierung der schwebenden Schuld nicht vorwärtskommt, sucht er wenigstens die Ansammlung

Danziger Volksstimme - zwei Monate verboten

Ein Erfolg Mr. Edens

Als der Völkerbundsrat sich zum letzten Male mit den Danziger Angelegenheiten befaßt hat, hat Mr. Eden als Berichterstatter in leise drohendem Ton den bösen Buben Greiser zur Ordnung ermahnt. Der hat nach bewährtem Muster Besserung gelobt und vor allem versprochen, daß die nationalsozialistische Methode der Presseknobeln in Danzig aufhören solle. Niemand, der die Dinge näher kennt, nimmt solche Versprechungen für bare Münze.

Inzwischen ist mancherlei geschehen: der Zusammenbruch Abessinien, die Rheinlandbesetzung, und das systematische Sichttotstellen des Völkerbundes. Auf der anderen Seite gewinnt die Danziger Volksstimme, das Organ der Sozialdemokratie, immer mehr an Boden in der Danziger Bevölkerung. Also hat Herr Greiser beschlossen, die Volksstimme zu erwürgen. Der Anlaß, den er benutzt hat, ist bezeichnend: Greiser hat als stellvertretender Gauleiter der NSDAP von Danzig am 28. Mai 1936 in Schidlitz eine Rede gehalten, in der er mit nationalsozialistischer Dreistigkeit seine Folgerungen aus der Ohnmacht des Völkerbundes gezogen hat. Ueber diese Rede hat die Danziger Volksstimme am 29. Mai das folgende berichtet:

»Greiser versicherte, daß, wie der Mensch nichts gegen eine Naturgewalt tun könne, so wenig werde man auch in Danzig den Nationalsozialismus stürzen können. Das Danziger Parlament verglich Präsident Greiser mit einem »Affentheater«. (Bekanntlich sind die Abgeordneten in ihrer Mehrheit Nationalsozialisten! Die Red.) Es sei richtig, daß auch manche Gegner des Nationalsozialismus ein nationales Empfinden besäßen. Bei diesen könne das noch geweckt werden, allerdings nicht bei den Führern. Aber auch sie würden eines Tages verschwinden. Er, der Redner, wolle als Präsident nicht sagen, daß sie an die Wand gestellt würden, aber kaltgestellt würden sie werden,

so wie es das Schicksal wolle.

Alle Kritik, die man an dem Nationalsozialismus übe, fechte ihn nicht an. Die Nationalsozialisten arbeiteten nach Anweisung einer höheren Stelle.

Danzig, das auf Vorposten stehe, habe es schwerer als das Reich, das die Hauptarmee bilde. Wenn man von der Hauptarmee keine Munition bekomme, so müßte man sich eben einrichten, damit man nicht die eiserne Ration anzubrechen brauche. Dieser Umstand habe dazu beigetragen, daß der Gulden abgewertet werden mußte, denn hätte Danzig genug Munition gehabt, dann hätte es heute keine Arbeitslosen mehr und besäße genau so schöne Chaussees wie Deutschland.

Wenn auch immer die Rede von dem Zehnjahrespakt zwischen Deutschland und Polen sei, so könne man doch nicht sagen, daß dieser Vertrag ewig dauere. Die Nationalsozialisten hätten 15 Jahre lang gewartet. Warum sollten sie jetzt nicht auch noch 5 bis 10 Jahre warten?

Präsident Greiser ging dann kurz auf die Januarsitzung des Völkerbundes ein und erklärte, daß man den damaligen Streitfragen einen außenpolitischen Charakter gegeben hätte. Es hätte sich schon wieder ein Netz über Deutschland zusammengezogen. Die anderen Staaten hätten geglaubt, daß Deutschland sich einmischen werde, aber Deutschland brauche Ruhe. Der Völkerbund befinde sich augenblicklich in einer schweren Krise. Das könne sich einmal auch auf die Garantie des Völkerbundes in bezug auf die Danziger Verfassung auswirken. Jetzt würde zwischen Genf und Berlin verhandelt. Man müsse hoffen, daß bald zwischen Berlin und Warschau verhandelt werde.

Zum Schlusse forderte der Präsident des Senats alle Parteigenossen auf, treu zusam-

menzustehen und auf den Führer zu vertrauen.

Die erste Wirkung dieser Rede war, daß der Vertreter Polens beim Danziger Senat vorstellig wurde, die zweite, daß die »Danziger Volksstimme« auf zwei Monate verboten wurde. Warum? Weil sie angeblich Greiser »Formulierungen in den Mund gelegt hat, die er nicht gebraucht hat. Welche Formulierungen er gebraucht haben will, das wird wohlweislich verschwiegen.

Die Rede und das Verbot zeugen beide von der tiefen Achtung, die der Danziger Senat dem Völkerbund entgegenbringt. Der Erfolg Mr. Edens in Danzig ist ebenso glorreich wie sein Erfolg in Abessinien.

Das Gesetz des Dschungels

Europa befindet sich in einem Zustand völliger Rechtsunsicherheit. Alle internationalen Verträge sind mehr oder weniger devalviert, es gibt keinen, dessen Kurswert al pari stünde.

Die sogenannten Friedensvorschläge Hitlers vom 7. März existieren nicht mehr. Der englische Fragebogen an Hitler interessiert die deutsche Diplomatie nicht. Hitler sitzt in Berchtesgaden und pfeift auf den Fragebogen und die Engländer, die auf Antwort warten.

Die Engländer wieder wissen, daß sie angesichts der Agonie des Völkerbundes und der Verlegenheiten ihrer eigenen Politik nicht auf eine Antwort zu rechnen haben und daß — wenn sie in einem späteren Stadium eine Antwort erhalten werden — sie ungünstig sein wird.

Italien nimmt Abessinien fest in Besitz, Oesterreich führt seine Wehrpflicht durch und rüstet auf. Alle rüsten fieberhaft. Und der Völkerbund? Nun, er tritt am 16. Juni zusammen.

Praktisch lebt Europa heute bereits unter dem Gesetz des Dschungels.

Deutsche Streiflichter

Und die Bischöfe?

der Reichswechsel bei der Reichsbank zu verlangsamten. Deshalb hat er die Industrie gezwungen, die von ihr als Zahlung vom Reich empfangenen Wechsel, die sie früher als bald an die Reichsbank weitergab, drei Monate in ihrem Besitz zu behalten; danach müssen sie für weitere drei Monate von den Privatbanken hereingenommen werden. Aber das bedeutet ja nur eine Umlagerung der schwebenden Schuld, eine vorübergehende Verschönerung des Bilanzbildes der Reichsbank, ohne an dem Umfang der Schuld irgend etwas zu ändern.

Währungsbesorgnisse sind es auch, die in den letzten Wochen an der Berliner Börse trotz der Vorschriften, die die Ausschüttung von Dividenden begrenzen, und trotz aller amtlichen Warnungen zu einer fortgesetzten Steigerung des Kursniveaus der deutschen Aktien geführt haben — fast die einzige Form der Flucht in die Sachwerte, die neben dem Grunderwerb dem mittleren kapitalistischen Publikum offensteht. Die Großen freilich wissen sich auch anders zu helfen und die Konzernbildung und Besitzkonzentration schreitet munter vorwärts. Außerhalb der Börse vollzieht sich ein ständiger Umsatz von Großposten von Aktien, und jedes durch Kriegslieferungen reich gewordene Unternehmen sucht seine Bankguthaben und Reichswechselbestände möglichst rasch zur Angliederung anderer Unternehmungen zu verwenden und sie so in Sachwerte zu verwandeln. Es ist ein ständiger Kampf zwischen den Vorschriften der Zwangswirtschaft, die die offenen Erscheinungen der Inflation — Preiserhöhungen, Kauf von Weltmarktwaren, Edelmetallen, ausländischen Aktien — durch ihre Anordnungen bisher verhindert, und den einzelnen Wirtschaftssubjekten, die nach immer neuen Möglichkeiten suchen, ihre Papiermarkgewinne in wertbeständige Form zu verwandeln.

Dr. Richard Kern.

»Allein...«

Luthermethode in Nazi-Deutschland gefährlich.

Wegen des Wörtchens »allein« hat der streitbare Reformator Luther einstmal einen schweren Kampf ausfechten müssen. In seiner Bibeldarstellung hatte er die berühmte Stelle im Paulus verdeutlicht: »Wir werden nicht durch die Werke selig, sondern allein durch den Glauben.« — Luthers Gegner beschuldigten ihn daraufhin der Fälschung des Apostelwortes, denn im Text heiße es nicht »sed sola fide«, sondern nur »sed fidei«; Luther habe das Wörtchen »allein« also eigenmächtig hinzugefügt. — Luther hat sich gegen den Vorwurf der Fälschung in dem heute lesenswerten »Sendbrief vom Dolmetschere« temperamentvoll verteidigt, er hat sich gegen den Wortlaut nachdrücklich auf den Sinn der Stelle berufen.

Immerhin kann Luther von Glück sagen, im sechzehnten, nicht im zwanzigsten Jahrhundert in Deutschland als Geistlicher gewirkt zu haben. 400 Jahre später hätte ihn die Fortlassung oder Zufügung des Wörtchens »allein« unter Umständen ein halbes Jahr Gefängnis gekostet.

Davon zeugt der Fall des 67jährigen Pfarrers von Reicholzheim, über den die gleichgeschaltete Presse berichtet. Der Pfarrer stand unlängst wegen »heimtückischer Angriffe« vor dem badischen Sondergericht, die Anklage hing mit dem Apostelwort zusammen. Der angeklagte Pfarrer hatte nämlich bei Einweihung eines neuen Gemeindehauses in Reicholzheim einen Hirtenbrief verlesen, der auf das Wort von dem Glauben und den Werken Bezug nahm. — Am gleichen Tag hielt aber auch der badische Minister Pflaumer eine Ansprache, in der er gegen diesen Hirtenbrief mit den Worten zu Felde zog: »Es kommt nicht allein darauf an, was man glaubt, sondern was man tut.« — Am nächsten Sonntag zitierte der Angeklagte von der Kanzel eine »Ausscheidung, die unlängst gefallen sei« (ohne deren Urheber zu nennen) und die gelautet habe: »Es komme nicht darauf an, was man glaube, sondern was man tue.« Der Pfarrer hielt gegen diese Ausscheidung das Apostelwort aufrecht.

In der Fortlassung des Wortes »allein« durch den Pfarrer erblickte das Gericht eine gräßliche Entstellung der Ausscheidung des Ministers Pflaumer und verurteilte den Angeklagten wegen der Entstellung des Ministerwortes und seiner Polemik dagegen zu sechs Monaten Gefängnis bei bedingter Strafaussetzung.

Der Pfarrer braucht zwar, wenn er sich künftig beugt, die Strafe nicht absetzen. Immerhin erfährt er aus dem Urteil: Im Dritten Reich gelten die Worte eines brau-

Wohl nur wenige Katholiken werden bestreiten, daß die bisherige Taktik der deutschen Bischöfe den deutschen Katholizismus unter den Offensivstößen des Nationalsozialismus von Niederlage zu Niederlage geführt hat. Er ist seiner Presse und seiner Organisationen beraubt, verliert in rapidem Tempo in den Schulen und ist praktisch auf die Gottesdienste und die traditionellen Prozessionen begrenzt. Inzwischen schreitet die Diffamierung der Klöster fort, und zwar mit unieugbarem Erfolg. Der Koblenzer Franziskanerprozeß macht im ganzen Reiche ungeheures Aufsehen. Nach den Behauptungen des Oberstaatsanwalts stehen von den etwa 500 Klosterbrüdern der Franziskanergemeinschaft, die sich auf etwa 20 Niederlassungen verteilen, mehr als die Hälfte wegen schwerer Sittlichkeitsverfehlungen an jungen Männern vor Gericht. Oft handelt es sich um kranke Pflügelnde Brüder. Die ersten Urteile gegen Franziskaner aus der großen Anstalt für Schwachsinnige in Waldbreitbach gingen bis zu 8 Jahren Zuchthaus. Von katholischer Seite wird uns gesagt, es handle sich nicht um Patres oder Brüder des Franziskaner-Ordens, sondern um Mitglieder einer krankenpflegenden Organisation, die sich Franziskanerbrüder nennen, aber mit dem Franziskaner-Orden nichts zu tun hätten. In den Prozeßberichten wird aber auch von »Patres« gesprochen. Selbstverständlich finden die Verhandlungen unter strengstem Ausschluß der Öffentlichkeit statt. Bisher sind auch Reden der Verteidiger nicht veröffentlicht worden. Man erfährt nur, was die Anklage und das Urteil zu sagen haben, und vereinzelte Bemerkungen der Angeklagten. Die nationalsozialistische Presse geht in ihren Behauptungen so weit, zu erklären, daß im ganzen Rheinland und in ganz Westfalen kein Franziskanerkloster oder Mutterhaus von dieser Seuche verschont geblieben sei. Mönche, die sich aus diesen Gründen fluchtartig in andere Klöster versetzen ließen, hätten überall dieselben Zustände angetroffen.

Wie dem auch sei: es handelt sich um den größten Sittlichkeitsprozeß, der jemals vor deutschen Gerichten angestanden hat, und er richtet sich gegen eine weit verbreitete katholische Gemeinschaft. Dazu werden die deutschen Bischöfe nicht schweigen dürfen. Dies um so weniger, als auch kirchliche Untersuchungen über die Vorfälle stattgefunden haben. Entweder die ungeheuerlichen Behauptungen der Nationalsozialisten sind wahr, dann wird die Kirche aufklären müssen, wie so etwas möglich wurde und welche Maßnahmen für die Zukunft getroffen werden. Oder es handelt sich, wie einstweilen viele Katholiken glauben, um Uebertreibungen und Entstellungen größter Art in dem Diffamierungsfeldzug gegen den Katholizismus. Dann, so sollte man meinen, müsse erst recht eine Abwehr durch die deutschen Bischöfe erfolgen. Die Auswirkungen des Prozesses in Deutschland selbst sind so ernst, daß außerhalb des engsten unter allen Umständen kirchentreuen Kreises nicht viele Deutsche verstehen würden, wenn auch diesmal die Bischöfe in ihrem üblichen Schweigen verharrten. Sollten die Herren wirklich nicht wissen, daß bis in ihre Ordensgemeinschaften hinein eine Vertrauenskrise gegenüber dem Episkopat besteht? Wenn Rom und die deutschen Bischöfe nicht auf ein rettendes Wunder in Deutschland hoffen, das aber bisher nirgendwo sich ankündigt, ist ihr Verhalten nicht etwa als

nen Bonzen viel mehr als die der Schrift. Ob im Text des Apostelwortes das Wort »allein« bei den Werken richtig oder falsch steht, das bleibt den Theologen gnädigst überlassen. Dem Zitat eines braunen Würdenträgers aber ein »allein« zu viel oder zu wenig zu geben, — das kostet schlankweg Gefängnis! — Sinnfälliger als durch dies Urteil ließ sich das Verhältnis zwischen Hitlerglauben und Gottesglauben im Dritten Reich kaum ausdrücken! M.

Der totgeschwiegene Konfessionsstreit

Göbbels hat den »Reichsbote« verboten, weil er über den Kirchenkampf in Thüringen berichtet hat. Dieser Bericht stand in Widerspruch zu den amtlichen Direktiven, wonach der Kirchenstreit mit dem undurchdringlichen Schleier des Schweigens zu bedecken ist. Göbbels hat den Anlaß benutzt, um einen der letzten Ausläufer der konfessionellen Presse im evangelischen Lager zu besel-

christliche Demut, sondern als menschliche Schwäche zu deuten.

Der Niedergang

Die von uns schon erwähnte Tatsache, daß vor dem großen Berliner Einsturz kein Arbeiter wagte, seine Beobachtungen über die Mißstände zur Anzeige zu bringen, weil er die Entlassung fürchtete, ist nun auch höheren Orts aufgefallen. Der Treuhänder für das Rheinland läßt eine große Moralpauke an die Arbeiter los. Er stellt die kühne Behauptung auf, die Arbeiterschutzesetzgebung im Dritten Reiche mache es einfach unmöglich, daß ein Arbeiter bei wahrheitsgemäßer Meldung von Mißständen entlassen werden könne. Nun stammt ja diese Arbeiterschutzesetzgebung, soweit sie nicht abgebaut worden ist, restlos aus den Zeiten sozialdemokratisch-gewerkschaftlichen Einflusses. Sie war damals stark wirksam, weil sie unter öffentlicher Kontrolle und unter dem Druck der Organisationen stand. Jetzt hat der Arbeiter zwar Vertrauensräte, aber nicht einen Funken von Vertrauen. In der Militärvereinsprache des Pg. Bürger als Treuhänder sieht das so aus:

»Ist das der deutsche Arbeiter vom Weltkrieg 1914/1918, der vier Jahre lang gegen eine ganze Welt im Schützengraben stand? Dort hat er gekämpft wie ein Held, und hier gibt es Männer, die aus einer überlieferten Vorstellung heraus zu bange sind, gerechte Dinge im Betrieb den zuständigen Stellen zu melden.«

Ach, eben nicht aus einer überlieferten Vorstellung, sondern aus dem Gefühl der Nichtigkeit und der Ohnmacht heraus, das drei Jahre Diktatur in diese Menschen unter bitteren Erfahrungen hineingebracht haben. Die Arbeiter wissen, daß jede Art von Kritik »Marxismus« ist, und die Folgen kennen sie auch. Daß die Leys und Börgers und wie die korrupten Parvenüs alle heißen, einfach nicht fähig sind, die Stellung des Arbeiters im Betrieb zu erfassen, wenn ihm der Rückhalt einer starken Interessenorganisation fehlt, zeigt die Art, wie der rheinische Treuhänder den Mißstand beheben will. Er schlägt vor, es die Betriebsordnung einen Passus aufnehmen, der jeden Arbeiter zur Anzeige von Mißständen verpflichtet. Und dann kommt gelassen der große Satz: »Wird die Meldung unterlassen, fällt die Verantwortung auf den, der den Mißstand nicht gemeldet hat.« Das bedeutet, daß in Zukunft bei den meisten Unfällen die Verantwortung auf die Arbeiter abgewälzt werden kann, die Mißstände hätten melden müssen, aber es eben aus Furcht vor Entlassung nicht wagten.

Einen Sinn hätte das Getue Börgers nur, wenn er die Arbeiter zur Solidarität und zur gemeinsamen Abwehr gegen Betriebsmißstände auffordern würde. Das kann er nicht, weil es eine Kriegserklärung gegen den faschistischen Helotismus bedeuten würde. Für die deutschen Arbeiter gibt es aber keinen anderen Weg: sie müssen aus Geduckten wieder aufrechte Kämpfer, aus Vereinzelten wieder solidarische Gruppen werden.

Wieder am Anfang

Neulich mußten in einer mitteideutschen Stadt die Ratssitzungen in einen hinteren Teil des Rathauses verlegt werden, weil bei den abendlichen Sitzungen Bürger sich an die Fenster stellten, um wenigstens etwas von dem zu erhörchen, was ihre Vertreter da drinnen sagen. Der Vorgang beleuchtet deutlicher, als jede oppositionelle Kritik es könnte, die Unwürdigkeit des Aus-

schlusses der Gemeindebürger nicht nur von jeder Einflußnahme, sondern auch von jeder Information über die Gemeindeangelegenheiten. In der Tat vollzieht sich eine Entwicklung, die von der Gemeinde her ein größeres Mitbestimmungsrecht des Volkes zu erlangen sucht, und zwar erfaßt die Unzufriedenheit nicht nur die Wähler, sondern auch die Gewählten. Wir wissen aus einer Reihe von Städten, daß auch die nationalsozialistischen »Ratsherren«, oder wie sonst die Erählten im Einzelfalle genannt werden, sich in ihrer Statistenrolle nicht wohl fühlen. Zumal in kleineren Orten sind sie nicht in der angenehmen Lage der M. d. R. und der Staatsräte, die als unnahbare in hohem Nazirange stehende Halbgötter für die persönliche Kritik unerreikbaar sind. Der örtliche Kommunalvertreter soll da und dort Aufklärung geben über das, was im Rathause geschieht oder auch nicht geschieht. In den seltensten Fällen ist er dazu in der Lage, weil bisher die meisten Gemeindeverwaltungen die »Ratsherren« mit offener Verachtung behandeln. Es ist daher in den Kreisen nationalsozialistischer Gemeindevertreter eine wachsende Bewegung zu spüren, die einen größeren Einblick in die Gemeindeverwaltung und wenigstens wieder geringe Ansätze eines Gemeindeparlamentarismus fordert. Dazu gehört der Wunsch, bei den öffentlichen Beratungen auch Anfragen an die Verwaltungsstellen richten zu dürfen, um so wenigstens den Schein hervorzuheben, als übe die Gemeindevertretung ein wenig Kontrolle über die Verwaltung. Der jetzige Zustand, so sagen jene kritischen Nationalsozialisten, zerstöre jedes Vertrauen in die Selbstverwaltung der Gemeinden, und zwar gerade auch bei den Pg., die sich mangels genügender Aufklärung zu Trägern der Kritik an den Gemeindeangelegenheiten machen. Aus den Reihen der beamteten Gemeindeverwaltung wird den Kritikern in geschlossenen Sitzungen unverblümt entgegengehalten, die jetzigen Gemeindevertreter seien meist so vollkommen ahnungslos in der Kommunalpolitik, daß ihrer Mitarbeit engste Grenzen gesteckt werden müßten. Worauf dann von den so charakterisierten Gemeindevertretern die Forderung kommt, Ausbildungskurse für sie einzurichten, Führungen zu unternehmen und sie so allmählich besser zu unterrichten. Wir kennen Fälle, in denen Pg. als Gemeindevertreter offen zugaben, sie seien nicht in der Lage, zu irgendeiner Vorlage der Verwaltung Stellung zu nehmen, weil ihnen alle sachlichen Vorkenntnisse und jede Möglichkeit fehlten, sich ein Urteil zu bilden.

So ist das, was einmal mit Stolz Selbstverwaltung deutscher Gemeinden hieß, heruntergewirtschaftet. Es klingt wirklich wieder sehr zeitgemäß, was Freiherr von Stein vor mehr als 125 Jahren schrieb: »Hat man sich überzeugt, daß das Verdrängen der Nation von jeder Teilnahme an der Verwaltung öffentlicher Angelegenheiten den Gemeingeist erstickt und daß dessen Stelle eine Verwaltung durch besoldete Behörden nicht ersetzt, so muß eine Veränderung in der Verfassung erfolgen.« So sehr läßt sich eben nirgends die Denkfähigkeit unterdrücken, daß sie nicht doch wieder mehr und mehr eine Mitwirkung an den öffentlichen Angelegenheiten forderte, und auch jetzt, wie einst, regt sich dieser Wille von den Gemeinden her. Vielleicht eröffnen sich hier der Opposition im Reiche größere Aufgaben und Möglichkeiten, als heute schon erkannt werden.

Hannes Wink.

tigen. Der Reichsbote hatte zuletzt eine Auflage von 37.000 Stück.

Nazipropaganda in Ausland

Hinter den Kulissen wissenschaftlicher Kongresse.

Folgendes Schriftstück zeigt, wie der Nationalsozialismus alle Gelegenheiten, bei denen er in irgend einer Form mit der Außenwelt in Berührung kommt, zur Förderung seiner Absichten benutzt:

Der Reichs- und Preussische Minister für Wissenschaft, Erziehung und Volksbildung.

Berlin W 8, den 28. XI. 35. An die Unterrichtsverwaltungen der Länder! Die Erfahrung hat mir gezeigt, daß die Teilnahme an internationalen wissenschaftlichen Kongressen und Veranstaltungen vönllicher Art sowie die Durchführung von Vortragsreisen ins Ausland durch deutsche Lehrpersonen einheitlich beobachtet werden muß. Ich ordne daher an, daß jede meinem Amtsbereich unterstehende Lehrperson, die an einer derartigen internationalen Veranstaltung im Ausland teilzunehmen wünscht

oder dazu eingeladen worden ist, so frühzeitig wie möglich vor der Ausreise unter Darlegung der Gründe und der Ziele der Reise meine Genehmigung nachzusuchen hat.

Im Auftrag: gez. Vahlen.

Wer im Ausland als Vertreter der deutschen Wissenschaft, Schule usw. auftritt, ist in Wirklichkeit stets ein Gesandter des Nationalsozialismus, denn einmal untersteht er während seines Aufenthalts einer verschärften Kontrolle und zweitens werden Personen, die keine Gewähr für 100prozentige nationalsozialistische Haltung bieten, schon gar nicht die Genehmigung des Ministeriums erhalten.

Worauf es nicht ankommt

»Es kommt nicht darauf an, ob wir Faschisten oder Demokraten sind, Royalisten oder Republikaner. Eines sind wir in erster Linie: Bauern, die sich in jeder Weise wehren dagegen, daß das Judentum über uns regiert.«

(Darré zu den Auslands Gästen der Reichsnährstandschau in Frankfurt a. M.)

Die Früchte der »deutschen Erneuerung«!

Im Augenblick kann als unbestritten gelten, daß sowohl Warschau, als auch Berlin, am deutsch-polnischen »Freundschaftsvertrag« festhalten. Die Berufung Slawoj-Skladkowski als Ministerpräsidenten durch den Staatspräsidenten und den Armeeinspekteur Rydz-Smigly, unter Beibehaltung des Obersten Beck als Außenminister, darf indessen nicht so ausgelegt werden, als wenn man in Warschau unbedingt an den »Freundschaftsvertrag« gebunden wäre. Zwischen den beiden Regierungen werden korrekte diplomatische Beziehungen unterhalten, aber die unteren Organe im Dritten Reich und in Polen selbst, treiben eine Politik der »Zweckmäßigkeit«, die sich sehr eingehend vom offiziellen Kurs unterscheidet. Und diese Tatsache verdient, an einer Reihe von Ereignissen beleuchtet zu werden, um vor Ueber-raschungen verschont zu werden.

In Deutsch-Oberschlesien wird die polnische Minderheit unter scharfer Bewachung der Gestapo gestellt und wo man nur kann, werden ihr bei Veranstaltungen die größten Schwierigkeiten bereitet und man versucht mit allen Mitteln auch Kinder polnischer Nationalität in die Hitlerjugend einzubeziehen und verschickt mit Nachdruck Mädchen polnischer Eltern nach dem Landjahr, versetzt Arbeitslose polnischer Nationalität systematisch nach dem Westen Deutschlands. Dazu schlägt die Reichspropaganda seit einigen Wochen gegen Polen schon offen einen Ton an, der sich ziemlich deutlich von der bisherigen Art der Behandlung polnischer Fragen unterscheidet. Eine ganze Reihe von Verbänden, »Bund deutscher Osten«, »Volksbund für das Deutschtum im Ausland«, greifen in ihren Organen Polens Minderheitspolitik offen an, was nicht ohne Widerhall in der polnischen Presse bleibt, die sich allerdings keine Zurückhaltung mehr auferlegt, soweit es sich nicht um ein offizielles Regierungsblatt handelt.

Den polnischen Nationalisten wieder, zum größten Teil im Regierungslager, Sanacja, genügen die Auflösungen verschiedener deutscher Hitlerorganisationen in Polen nicht mehr, sie gehen über die Regierungsmaßnahmen selbst hinaus und treten den deutschen Provokationen selbst entgegen, wie dies letzthin in Rydułtau der Fall war, wo Aufständischenmitglieder eine jungdeutsche Mitgliederversammlung gesprengt haben, wobei es zahlreiche Verletzte auf deutscher Seite gab, man sagt etwa 60 bis 70 Personen, die ärztliche Hilfe in Anspruch nehmen mußten. Zugleich wendete sich der Landesführer Wiesner der Jungdeutschen mit einem Beschwerdetelegramm an den Innenminister und Ministerpräsidenten Slawoj-Skladkowski, daß er diesen Ueberfall untersuche und der »Deutschenhetze« innerhalb des polnischen Lagers entgegenstehe. Das Deutsche Nachrichtenbüro hat seit langem zum ersten Male diesen Vorfall in Rydułtau sehr breitgetreten und auch für weitgehende Verbreitung dieser »Terrormeldung« aus Ostoberschlesien in der Auslandspropaganda gesorgt.

Nun haben sich die Nationalisten auf beiden Seiten, bezüglich der Hetze, nichts vorzuwerfen. Tatsache bleibt, daß das Hitlerdeutschtum mit seinen Aufmärschen, Kundgebungen, die polnische Bevölkerung geradezu provozieren muß. Denn alles dies geschieht im Zeichen der »deutschen Erneuerung« und »Volksgemeinschaft«, die von polnischer Seite als Irredentabestrebungen zur Abtrennung Ostoberschlesiens von Polen angesehen werden. Der Rydułtauer Vorfall war vorzusehen, wenn man die Resolutionen der regierungstreuen Organisationen betrachtet, die im Zusammenhang mit der Aufdeckung einer geheimen Naziorganisation in Ostoberschlesien gefaßt wurden und offene Drohungen mit Selbsthilfe gegen »Germanisierung« und »Irredenta« verbunden waren.

Während diese Zeilen erscheinen, spielt in Kattowitz der Prozeß gegen 119 Mitglieder der geheimen Nationalsozialistischen Deutschen Arbeiterbewegung, der manche Ueber-raschung an den Tag fördert. Aber noch ist dieser Prozeß im Abrollen und schon sind neue Verhaftungen gegen frühere Mitglieder dieser NSDAP im Gange, die trotz der angeblichen Liquidierung ihre Arbeit nicht aufgegeben hat. Jedenfalls spitzen sich die Verhältnisse besonders in Ostoberschlesien zwischen Deutschen und Polen zu, wann die Berliner und Warschauer Regierungskreise eingreifen werden, bleibt abzuwarten, aber der Freundschaftspakt kann bereits als erschüttert gelten.

Die Abrüstungs-Illusion

Kein Zweifel: es besteht eine Furcht der Menschen vor dem Kriege wie nie zuvor. Abessinischer Krieg und Rheinlandbesetzung haben die Hoffnung auf Schutz durch den Völkerbund bei den kleinen Nationen auf ein Minimum sinken lassen. Zugleich hat die italienische Kriegsführung der Zivilbevölkerung vor Augen geführt, daß sie sich weder vor Fliegerbomben noch vor Giftgas sicher wähnen darf. Die Heimkrieger-Begeisterung am Sterben der andern, ohne eigenes Risiko, wird im nächsten europäischen Kriege unmöglich sein.

Aber die nervöse Angst, von der ein Teil der Menschheit befallen ist, besitzt als Faktor der Kriegsverhinderung sehr zweifelhaften Wert. Sie erzeugt einen Optimismus der Verzweiflung, der nach jedem Strohalm greift, der nur äußerlich das Etikett »Frieden« trägt. Das Echo auf Hitlers Friedensschmalzreden ist außerordentlich lehrreich gewesen für den Grad dieser Illusionsfähigkeit.

Wir begreifen die Stimmen durchaus, die stürmisch an Hitlers prinzipielle Bereitwilligkeit erinnern, sich an einer allgemeinen Abrüstung zu beteiligen. Wir stimmen uneingeschränkt den Warnern zu, die den Krieg als unvermeidlich erklären, wenn das augenblickliche Rüstungstempo beibehalten wird.

Trotzdem sprechen wir von einer Abrüstungs-Illusion, an deren Ausgang ein fürchterliches Erwachen stehen wird, fürchterlicher als beim Zusammenbruch der Illusion, die im Völkerbund schon das Zeitalter des ewigen Friedens gekommen sah.

Gewiß ist die deutsche Diktatur Besprechungen über eine allgemeine Abrüstung nicht abgeneigt. Einmal, weil ihr die Beibehaltung des eigenen Rüstungstempos immer ärgere Schwierigkeiten verursacht. Sodann aber sieht sie in neuen Verträgen ein prächtiges Mittel, ihre bisher erfolgreiche Methode des Betruges und der Bauernfängerei fortzusetzen. Wenn sie hofft, bei einer Abrüstungskonferenz ihr Vertragspartner — trotz aller bisherigen Erfahrungen — aufs neue hereinzulegen, so ist eine solche Erwartung durchaus nicht unbegründet.

Die Westmächte befinden sich nach ihren schweren außenpolitischen Mißerfolgen auf einer solchen Konferenz in ungünstiger Lage. Sie brauchen Erfolge. Sie würden ihre Völker mit nichts fürchterlicher enttäuschen als mit einem Scheitern der Verhandlungen. Sie werden sich daher leicht mit einem nach außen blendendem Scheinerfolg zufrieden geben.

Zweifellos würden sie den Schein des Erfolges retten, wenn auf einer solchen Konferenz ein zahlenmäßig fixiertes Abkommen über die Höhe der Land-, See- und Luftstreitkräfte zustande käme, zumal, wenn die ausgehandelten Stärkeziffern der

Armeen unter dem augenblicklichen Stande lägen. Wagen wir einmal den Optimismus, an ein solches Resultat zu glauben, wagen wir den Optimismus, Deutschland, Italien, Japan würden ihm keine unüberwindlichen Schwierigkeiten bereiten.

In Wirklichkeit wäre damit so gut wie nichts erreicht. Das Wesentliche an solchem Abkommen ist nämlich die genaue Kontrolle seiner Durchführung und Innehaltung. In diesem Punkte aber eröffnet sich den Diktaturen die Chance heimlicher Vertragsumgehungen größten Stils. In demokratischen Ländern würden die Budgetkontrolle, die parlamentarischen Debatten, die Presse usw. jede noch so geringfügige Vertragsverletzung sofort ans Licht bringen. Was dagegen in Hitler-Deutschland, das nicht einmal mehr sein Budget veröffentlicht, möglich ist, weiß die Welt aus der Zeit von 1933—1935. Zu glauben, daß Hitler sich einer ernsthafte internationalen Kontrolle unterwerfen würde, deren Aufhebung bereits von der Weimarer Republik durchgesetzt wurde, zeugt von unheilbarem Illusionismus.

Was nützte übrigens die schönste Kontrolle der militärischen Kräfte, wenn die Ausbildung des ersten Rekrutenjahres als »Arbeitsdienst«, wenn die Ausbildung militärischer Flieger, Kraftfahrer usw. als »Wehrsport« getarnt wird? Welcher Mensch kann überhaupt im heutigen Deutschland noch auseinanderhalten, was militärisch ist und was nicht? — Jeder Beruf — das ist keine Uebertreibung — besteht im heutigen Deutschland zu einem guten Teil in Kasernen-drill. Juristen und Lehrer müssen in Schulungslagern exerzieren, die Fabrikarbeiter werden in Werkscharen gepreßt; der Student kommt aus den Übungen gar nicht heraus, und die Frauen werden im Luftschutz ausgebildet. Bei den Hosenmäntzen setzt bereits die Erziehung zum Soldaten ein, körperlich wie geistig. — Für den wehrpflichtigen Bürger eines demokratischen Landes bedeutet die Zeit, in der er in Kolonne marschiert und in der Kaserne lebt, eine Ausnahme. Der Deutsche wird daran gewöhnt, dies als den Normalzustand zu empfinden.

Was könnte eine Kontrollkommission ferner gegen all die wirtschaftlichen Kriegsvorbereitungen ausrichten; gegen die auf den Kriegsfall zugeschnittene Autarkie, gegen die Verlegung der Industrien aus Grenzgebieten ins Landesinnere? In Deutschland kann heute kein Hühnerstall gebaut werden, wenn die Militärs gegen die Anlage Bedenken haben. Diese hundertprozentige Ausrichtung aller Daseinsbetätigungen auf den Kriegsfall ist die Glanzleistung der Hitlerdiktatur.

Nun gibt es superkluge Leute, die meinen, all diese Dinge ließen sich eben im Wege

vertraglicher Abrüstung aus der Welt schaffen. So gewiß man Wölfe zum Vegetarismus erzieht! Die das glauben, machen sich eins nicht klar: die Zusammenfassung aller Volkskräfte zu einem aggressiven Militarismus bildet einen Wesensbestandteil der Hitlerdiktatur, den sie so wenig aufgeben kann, wie etwa das Papsttum plötzlich aufhören kann, katholisch zu sein! Damit steht nur in scheinbarem Widerspruch die Tatsache, daß Hitler insoweit zur Abrüstung bereit ist, als er die wirtschaftliche Kraft Deutschlands bei der Eilausrüstung der vergangenen drei Jahre überspannt hat und diese Ueberspannung ihm selber gefährlich zu werden droht. Hitler ist im Augenblick für Rüstungsbeschränkung, weil er gerade auf diesem Wege den gewonnenen Vorsprung zu erhalten hofft, der ihm verloren zu gehen droht, wenn die andern ihm nunmehr im gleichen Tempo nachzueifern.

Doch Illusion ist es zu glauben, die Diktatur würde aufgeben, was sie bereits besitzt. Vor allem wird sie niemals an dem Vorteil rütteln lassen, den sie in der Durchmilitarisierung des gesamten wirtschaftlichen und privaten Lebens über die Länder, in denen es noch ein ziviles Dasein gibt, zu haben glaubt. Die Ueberlegenheit durch Orientierung der gesamten Nation auf den kommenden Krieg ist ja der entscheidende Punkt ihres Kalküls. Ihn aufzugeben, hieße für die Hitlerdiktatur, sich selber aufgeben.

Das ist der Grund, warum wir an das Zustandekommen einer echten und ehrlichen Abrüstung in einem europäischen Konzert, in dem die Hitler und Mussolini mitspielen, nicht glauben, warum wir die Hoffnung darauf als Illusion ansehen. Das Günstigste, was bei solcher Abrüstung herauskäme, würde sein, daß die demokratischen Mächte sich wirklich die Hände binden, während die Diktatoren ihre Hand in eine lockere Schlinge stecken, aus der sie sie jederzeit herausziehen können. An dem Tage, wo das geschähe, würde es ein schlimmeres Erwachen geben, als am Tage von Hitlers Proklamierung der Wehrpflicht und seiner Rheinlandbesetzung.

Wohlgemerkt, wir sind nicht gegen Abrüstung, wir sind für sie. Wir halten es jedoch für eine unheilvolle Illusion, mit papierenen Abrüstungsabkommen die Bestie des Faschismus zähmen zu wollen. Wer den Frieden der Welt will, der darf nicht allein Abrüstung fordern, sondern er muß sich klar darüber sein, daß der Sturz der faschistischen Mächte die Voraussetzung jeder ehrlichen Abrüstung ist. Eine Abrüstungspolitik, die hervor die Augen verschließt, bleibt illusionär und verschlimmert die Katastrophe, die sie vermeiden will. Julius Cäsar.

Wie die Gestapo Spitzel preßt

Auf der Jagd nach »Staatsfeinden«!

Erweckt man auch nach außenhin den Anschein, als wenn das gesamte Auslandsdeutschtum geschlossen hinter dem Führer und Reichskanzler stehen würde und der Nationalsozialismus die Idee des »Deutschtums« wäre, so ist man doch ebenso eifrig bemüht, immer neue Institutionen zu schaffen, die die »Staatsfeinde« im Ausland ermitteln und der Gestapo anzeigen. In Gleiwitz hat man eine sogenannte »Rückwanderungsstelle« geschaffen, die die Reichsdeutschen und Optanten betreuen soll, die man mit Rücksicht auf die immer knapper werdenden Devisen nach dem Reich zurückberuft, wo sie bisher aus Reichsmitteln betreut wurden. In Ostoberschlesien befinden sich gegen 1500 Reichsdeutsche und gegen 2200 Optanten, die bis Juni 1937 nach Deutschland zurückkehren müssen, da um diese Zeit die sogenannte Genfer Konvention abläuft.

Nun werden diesen »Rückwanderern« Fragebogen vorgelegt, bei denen sie unter Frage 34 aufgefordert werden, Mitteilung zu machen, ob ihnen Deutsche im Ausland bekannt sind, die sich als »Staatsfeinde« gegen Deutschland betätigen und deren genaue Adresse wird selbstverständlich mitgefördert.

So nebenbei wird auch auf militärischem Rang, Ausbildung und politische Betätigung Wort gelegt und genaueste Auskunft verlangt. Wer nicht genügend »Staatsfeinde« nachweisen kann, hat keine gute Aussicht, bald und besser untergebracht zu werden, wie die Beamten im Rückwandererbüro betonen. Man kann diese Betätigung nicht anders, als eine

Aufforderung zum Spitzeldienst seitens der Auslandsdeutschen für das Dritte Reich betrachten.

Wichtiger aber ist, daß man in letzter Zeit für diese »Rückwanderer« auch polnische Staatsbürger einbezieht, bei denen dann auf die Nennung von »Staatsfeinden« besonderer Nachdruck gelegt wird, wenn sie Aussicht haben wollen, auch ins Dritte Reich zurückkehren zu dürfen. Auf diese Weise verschafft sich die Gleiwitzer Gestapo Spitzelente in Ostoberschlesien, um dann die reichsdeutschen »Rückkehrer« in besondere »Obhut« nehmen zu können. Man sieht, »das braune Netz« im Ausland wird immer weiter und besser ausgebaut.

Drei Jahre Dachau

Opfer privater Rache.

In Selb in Bayern wurde im Herbst 1933 der Kommunist Josef Tischner verhaftet und in das Konzentrationslager Dachau gebracht. Er ist seit dieser Zeit ununterbrochen in Dachau. Vor längerer Zeit wurde er in die SS-Küche des Konzentrationslagers zum Kartoffelschälen abkommandiert. Das sollte eine Vergünstigung sein. Bei dieser Arbeit soll Tischner einmal geäußert haben: »Die machen uns nicht anders!« Das wurde der SS hintergebracht und Tischner kam darauf in einem der Bunker in Dachau, also in einen der berüchtigten eisernen Säрге. Dort ist er seit März d. J. ununterbrochen. Er darf seinen Angehörigen nur einmal im Vierteljahr schreiben und er selbst erhält auch nur einmal Post von seinen Angehörigen im Vierteljahr ausgehändigt. Der Fall ist deswegen so aufreizend, weil die Inschutzhaftnahme dieses Mannes nur ein Racheakt des Polizeinspektors Künzel von

Selb ist. Dieser Künzel leitete 1932 das städtische Wohnungsamt. Tischner wurde im Frühjahr 1932 von seinem Hausherrn delogiert. Er verlangte vom Wohnungsamt die Zuweisung einer Wohnung. Der Leiter des Wohnungsamtes Künzel wies dem Tischner keine Wohnung an. Tischner zog in ein Hotel und reichte beim Amtsgericht Selb die Klage gegen das Wohnungsamt ein. Das Amtsgericht hat Urteil gegen das Wohnungsamt ergehen lassen, daß dem Tischner eine Wohnung zuzuweisen sei und daß ihm die Auslagen für fünfjähriges Wohnen im Hotel zu ersetzen seien. Ob Künzel damals aus eigener Tasche diese Hotelkosten bezahlte oder ob sie von der Stadtgemeinde bezahlt wurden und Künzel mit einem Ruffel des Bürgermeisters davon kam, weiß man heute nicht. Aber damals drohte der Künzel dem Tischner: »Herr Tischner, wir sprechen uns später noch!« Künzel wurde unter Hitler der oberste Polizeibeamte von Selb und Tischner ist in Dachau.

Das ist ein Fall von unzähligen. Wie viele Menschen in Deutschland als Opfer persönlicher Rache such gefangen sind, weiß niemand.

Göbbels meckert

Bei der Großkundgebung, die zum Abschluß des Deutschen Juristentages auf dem Leipziger Messegelände abgehalten wurde, sagte Göbbels laut amtlichen Bericht:

»Jedes Gesetz bedeutet schließlich eine Einengung der persönlichen Freiheit. Der vergangene Staat zog diese Grenzen möglichst weit, das Ergebnis sah allerdings auch danach aus.«

Sehr richtig — das Ergebnis war das Dritte Reich.

Eine Liebesgabe für Konzernführer

Im Dezember 1934 wurde das Anleihestockgesetz erlassen, das fast alle Kapitalgesellschaften verpflichtet, Dividendenbeträge, die über 8, bzw. 6 Prozent hinausgehen, der Golddiskontbank zum Zwecke der Anlage in Staatsanleihen abzuliefern. In dem »Jahrbuch für nationalsozialistische Wirtschaft« wird das Gesetz wie folgt begründet:

»Das Gesetz geht von der Feststellung aus, daß die während der nationalsozialistischen Regierung erfolgte Wirtschaftsbelebung offenkundig durch die Arbeitsbeschaffung, die das Reich unter Einsatz großer öffentlicher Mittel durchführt, bewirkt worden ist. Er erklärt daher für recht und billig, daß Betriebe, die aus der mit öffentlichen Mitteln hervorgerufenen Wirtschaftsbelebung einen besonders hohen Ertrag gezogen haben, diesen teilweise dem Reich zu weiteren arbeitspolitischen Maßnahmen treuhänderisch zur Verfügung stellen.«

Das Gesetz gibt mit der Verpflichtung zum Opfer den großen Gesellschaften gleichzeitig die Anweisung, wie sie sich ihm entziehen können. Es kommt einer Aufforderung gleich, die Aktionäre knapper zu halten und dafür die eigenen Reserven reichlicher zu bemessen. Das Gesetz verbindet das für die Unternehmer Nützliche mit dem für das Regime Angenehmen. Nützlich ist für die Großunternehmungen die Stärkung ihrer Kapitalmacht auf Kosten der Aktionäre, angenehm für das Regime der trügerische Anschein, als würden mit den Löhnen auch die Kapitalgewinne unter Druck gehalten. Die Hoffnungen, die das Regime von vornherein in die Erhebung dieser Zwangsanleihe gesetzt hat, waren denn auch recht bescheiden. Man rechnete auf Grund der Dividendenergebnisse von

1934 damit, daß dem Reich auf diesem Wege 1935 40 Millionen zufließen würden. Das ist ungefähr ein Tausendstel der schwebenden Verschuldung des Reiches und etwa ein Fünftel des zwanzigsten Teils dessen, was allein die Sparkassen auf dem Altar der Staatskonjunktur haben opfern müssen. Nach dem Bericht der Golddiskontbank ist aber die bescheidene Verschuldung noch enttäuscht worden. 1935 waren auf diesem Wege dem Reich nicht 40, sondern nur 30 Millionen zugeflossen, obwohl die Dividendenerträge nicht niedriger, sondern höher waren als 1934. Dieses seltsame Ergebnis findet seine Erklärung in einer Durchführungsverordnung zum Anleihestockgesetz, die das sogenannte Schachtelprivileg enthält. Danach sind von diesem Opfer zugunsten der »Wehrfreiheit« gerade diejenigen befreit, die die dicksten Dividenden einstreichen, alle die, die über mehr als ein Viertel der Aktien einer Gesellschaft verfügen. Mit diesen Großaktionären hat das Dritte Reich Erbarmen, denn »hätte man diese Bestimmung nicht getroffen, so wären manche Konzerne in eine schwierige Lage gekommen, denn zahlreiche Beteiligungen sind mit Kredit finanziert, und es ist denkbar, daß Großaktionäre außer Stand geraten wären, ihre eigenen Zinsverpflichtungen zu erfüllen, wenn eine bei dem Beteiligungskauf als steigend kalkulierte Dividende nun von Staats wegen beschränkt worden wäre.« Man könnte meinen, daß es noch einen anderen Weg gäbe, dieser »schwierigen Lage« Herr zu werden, und man müßte annehmen, daß es gerade der Hitlerregierung leicht fallen müßte, diesen Ausweg zu finden, denn sie wird von Nationalsozialisten beherrscht, also von einer Partei, deren Pro-

gramm die Verstaatlichung der Konzerne enthält. Unternehmer, die ihren Verpflichtungen gegenüber dem Staat nicht nachkommen wollen, können dazu gezwungen und, wenn sie es nicht vermögen, enteignet werden. Das Dritte Reich will aber die großen Konzerne nicht beseitigen, sondern, im Gegenteil, fördern. Das Schachtelprivileg ist denn auch ein direkter Anreiz, sich der Verstrickung in die öffentliche Schuldenwirtschaft durch Stärkung der Monopolmacht zu entziehen.

Die »Frankfurter Zeitung« führt ein Beispiel für die wohlthätige Wirkung des Schachtelprivilegs an, das Beispiel der Akkumulatorenfabrik A.-G. Es ist wohl nur ein Zufall, daß der Beherrscher dieser Gesellschaft, also der in diesem Falle Privilegierte, Herr Günther Quandt ist, der der einstige Gatte der Gattin des Reichspropagandaministers Göbbels. Die »Frankfurter Zeitung« errechnet, daß er eigentlich 850.000 Mark an die Golddiskontbank hätte abführen müssen, aber nur 294.000 Mark abgeführt hat, weil er das Schachtelprivileg für sich in Anspruch nahm. Er hat aber eine Subvention von zwei Drittel Millionen erhalten, die er beispielsweise zum Ankauf jüdischer Geschäfte verwenden kann.

Die »Frankfurter Zeitung« bemerkt dazu: »Unter solchen Umständen besteht der Eindruck, daß die materiellen Auswirkungen des Gesetzes auf die Staatsfinanzen hinter seiner moralischen Bedeutung wesentlich zurückbleiben.«

Sie übersieht, daß es der Hitlerregierung dabei »wesentlich« auf die »moralische Bedeutung« oder deutlicher ausgedrückt: auf den Bluff ankam. G. A. E.

Justizministeriums erlassen worden, wonach die »alten Kämpfer« im Examen mit einiger Milde behandelt werden sollen. Es sollen ihre allgemeinen Verdienste um den Staat entsprechende Berücksichtigung finden.

Aber trotz aller amtlich vorgeschriebenen Milde haben es zahlreiche alte Kämpfer offenbar nur zu einem höchst mittelmäßigen Examenresultat gebracht, und die amtliche nationalsozialistische Jungjuristenzeitung »Jugend und Recht« fordert nunmehr, daß ein »alter Kämpfer«, der im Assessorexamen eine schlechte Nummer erhalten hat, wegen seiner »außerjuristischen Leistung« einem unpolitischen Juristen mit guten Examenresultaten bei der Anstellung im Staatsdienst vorgezogen werden soll.

Es ist lange her, seitdem der »Führer« der NSDAP in seinem »Kampf« erklärte, daß für jedwede berufliche Tätigkeit das fachliche Können wichtiger sei als die politische Gesinnung, und daß er deshalb sogar »marxistische« Arbeiter und Angestellte in seinen Parteiläusen dulden wolle. Heute gilt die Gesinnung überall mehr als Wissen und Können. So eben hat der Reichserziehungsminister Rust wiederum erklärt, daß Lehrende und Lernende an den Hochschulen immer noch zu wenig nationalsozialistische Kämpfer, daß sie immer noch zu sehr liberalistische Wahrheitsforscher wären, und die Leitung des nationalsozialistischen Studentenbundes hat sich ganz ähnlich ausgesprochen. Den Studenten fehle es an Einsatzbereitschaft für die nationalsozialistische Sache, und für die Professoren sei eine Umkehr auf ihrer Bahn der wissenschaftlichen Forschung überhaupt kaum noch in genügendem Maße möglich; denn ihre Mentalität sei das Produkt einer langen geschichtlichen Entwicklung.

Der Kampf für weitere »Umkehr«, sprich Verflachung, in der Wissenschaft ist also noch längst nicht ausgekämpft. Die »alten Kämpfer« gelten mehr als die Forscher und Denker, und die jungen nationalsozialistischen Juristen haben alle Aussicht, mit ihren Wünschen um stärkere Berücksichtigung der Parteileute bei den staatlichen Stellen durchzudringen.

Zeitungswerbung im Gangsterland

Ein Zeitungswerker ist, so sollte man meinen, ein Mensch, der für eine Zeitung wirbt, der Leser für das von ihm angebotene Presseerzeugnis zu gewinnen sucht, indem er die Vorzüge seines Blattes herausstreicht. Ein nationalsozialistischer Zeitungswerker im Dritten Reich ist etwas anderes: er ist ein von Partei- und damit von Amts wegen besoldeter Erpresser. Das beweist die Zeitschrift »Der SA-Mann« in ihrer letzten Nummer aufs neue. Dort lesen wir:

Meldung.

An den Sturm 15/R. 1.

Als wir am 23. 3. 36 in der Konditorei Gehlar als Werber für den »SA-Mann« vom Sturm 15/R. 1 eine Bestellung entgegennehmen wollten, erklärte die Inhaberin, als wir ihr die Werbenummer vom 15. 2. 36 vorlegten: »Diese Zeitung kann ich beim besten Willen nicht in meinem Lokal aushängen. Wenn ich dieses Blatt mit der Überschrift »Der jüdische Meuchelmörder« hier aushängen würde, so nähmen die Juden daran Anstoß und würden in meinem Lokal nicht mehr verkehren.«

Königsberg, den 24. 3. 36.

Unterschriften

In Ihrem Kommentar tut die Zeitschrift selbst ein Übriges, nennt die genaue Adresse der Konditorei und fordert schließlich die Königsberger in unverhüllter Form auf, das Lokal zu meiden. Diese Aufforderung ist natürlich wieder nichts als eine Drohung, sie bedeutet: wehe jedem, der es noch wagen sollte, den Fuß über die Schwelle zu setzen, von der unsere Zeitungswerker unverrichteter Dinge abziehen mußten. Das Königsberger Parteiblatt übernahm die Denunziation wörtlich, so daß kein Bürger sich darauf herausreden kann, sie nicht gelesen zu haben. Die Frau, die es gewagt hat, eine ihr angebotene Nazizeitschrift nicht zu abonnieren und den wahren Grund dafür anzugeben, kann also ihr Geschäft schließen.

Vielen Menschen in Deutschland wäre es wahrscheinlich lieber, wenn die Nazis das sogenannte Werben ganz beiseite ließen und einfach bestimmten, welche Zeitung oder Zeitschrift gehalten werden muß. Aber gerade dagegen verwahren sich die Verlage immer wieder aufs schärfste — denn das sähe ja nach Zwang und Gewalt aus, und wer denkt im Dritten Reich an Zwang und Gewalt?

Lebensmittel knapp!

Im April 1936 ist in Deutschland die Menge des versteuerten Verbrauchszuckers auf 920.500 Doppelzentner zurückgegangen. Im gleichen Monat des Vorjahres betrug sie 988.500 Doppelzentner. Die Abnahme beträgt nahezu 7 Prozent.

Die Eierknappheit tritt in den deutschen Großstädten erneut empfindlich in Erscheinung. Natürlich dürfen die Zeitungen darüber nicht schreiben. Doch wird die Tatsache durch die Berichte von den Eiermärkten bestätigt. So heißt es in einem Bericht vom Berliner Eiermarkt am 22. Mai: »Da für die Konservierung noch beträchtliche Mengen fehlen, auch die Konsumnachfrage weiter gut ist, finden alle Anlieferungen zu festen Preisen glatten Absatz.«

In unverklausuliertem Deutsch heißt das: Die Anlieferungen von Eiern sind zu knapp, die Nachfrage kann nicht befriedigt werden. Es wird zu höchsten Preisen verkauft. Demnach Eierknappheit zu einer Zeit, in der sonst der Bedarf voll befriedigt worden ist und außerdem noch ein Uberschuß für die Konservierung vorhanden war. Das ist die Folge der nationalsozialistischen Wirtschaftspolitik, die die Futtermittel verteuert und dazu die Eiereinfuhr beschränkt.

Ueber den für die Fleischversorgung wichtigen Auftrieb von Schlachtvieh zu den Hauptviehmärkten wird für die vergangene Woche berichtet: »Der Auftrieb von Schlachtvieh zu den Hauptviehmärkten im Reich war gegenüber der Vorwoche in allen Viehgattungen auf den meisten Märkten niedriger. Rinder und Schweine mußten zugeteilt werden.«

Die Zufuhren von Schlachtvieh zu den wichtigsten 49 Schlachtviehmärkten in Deutschland zeigen im April 1936 gegenüber dem gleichen Monat des Vorjahres folgende Entwicklung:

	April 1936	April 1935
Rinder	71.050	128.952
Kälber	143.654	168.932
Schafe	61.122	61.947
Schweine	529.250	548.768

Es ergibt sich demnach bei allen Vieharten eine Abnahme des Auftriebs, die besonders bei Rindern und Kälbern bedeutend ist. Ein Beweis dafür, daß — trotz des durch die niedrige Entlohnung gedrückten Verbrauchs — die Schwierigkeiten der Fleischversorgung in Deutschland noch längst nicht behoben sind.

Deutschland heute

»Besseren Papieren werden noch Lumpen zugesetzt. In der Beschaffung dieser Lumpen entstanden in letzter Zeit Schwierigkeiten, da die Textilindustrie bei der gegenwärtigen Knappheit auch Lumpen min-

derer Qualität verarbeitet, die sonst ausschließlich der Papierindustrie zuflielen.« (»Frankfurter Zeitung«, 9. 5. 1936.)

Die Auszahlungen bei den deutschen Sparkassen sind im März um 62 Millionen Reichsmark gestiegen, die Einzahlungen sind dagegen um 26 Millionen zurückgegangen. Es hat sich im März ein Auszahlungsüberschuß von 8,9 Millionen Reichsmark ergeben. Bereits im Februar war eine Verringerung des Einzahlungsüberschusses zu verzeichnen gewesen.

Der Fleischanfall, der schon im Februar sich je Kopf der Gesamtbevölkerung verringert hatte, weist im März eine weitere Abnahme auf. Er ist, nach den Angaben des Statistischen Reichsamtes, von 4,80 kg auf 4,53 kg oder um 5,6 Prozent gesunken.

In den Richtlinien für die Auswahl der Anwärter für die nationalsozialistischen Ordensburgen findet sich folgender Grundgedanke: Wenn ein Anwärter 26 Jahre oder älter sei und noch nicht geheiratet habe, so sei das als bedenkliches Zeichen für seine Entschlußkraft, seinen persönlichen Mut und seine Lebensauffassung anzusehen.

??? — Was wird der »Führer« dazu sagen, der noch als Vierziger mit diesen »bedenklichen Zeichen« behaftet ist?

Vor dem Zweiten Strafsenat des hanseatischen Oberlandesgerichtes hatten sich wegen »Vorbereitung zum Hochverrat« zwei Ehepaare und ein weiterer Angeklagter zu verantworten. Ihnen wurde vorgeworfen, vor einem Radioapparat eine Gemeinschaft gebildet zu haben, um den Moskauer Sender zu hören. Der Senat verurteilte zwei Angeklagte als Haupttäter zu je zwei Jahren Gefängnis, einen zu einem Jahr neun Monaten Gefängnis und die beiden Ehefrauen zu einem Jahr sechs Monaten Gefängnis.

Mit Glacéhandschuhen

Nur keinen Zwang gegen Unternehmer! In verschiedenen Industriezweigen Deutschlands sind die Urlaubsbedingungen für die Arbeiterschaft »aufgelockert« worden. Man hat es dem Volksgenossen Unternehmer anheimgestellt, ob er Urlaub im bisherigen Umfang gewähren will oder nicht, und hat dabei an die »soziale Gesinnung« appelliert. Die Unternehmer haben den Wink verstanden und sich schmunzelnd um ihre Verpflichtungen gedrückt. Dies ging so weit, daß der Treuhänder der Arbeit für das Wirtschaftsgebiet Brandenburg sich nunmehr, vom Unwillen der geprellten Arbeiter beunruhigt, zu einem Aufruf entschloß. Darin verweist er, wie die deutsche Presse berichtet, auf

»die von ihm durchgeführte Auflockerung der Mindestbestimmungen über den Urlaub

in der Metallindustrie. Wider Erwarten würden ihm nun Bestrebungen einzelner Betriebsführer gemeldet, ohne wirtschaftlich begründete Notwendigkeit die für die Gefolgschaften bisher günstigeren Bestimmungen zu verschlechtern, obwohl die Tarifordnung dies ausdrücklich verbiete. Einen derartigen Rückfall in liberalistische Gepflogenheiten verurteile er, der Treuhänder, durchaus. Er nehme an, daß diese Mahnung genüge, denn wahrer Sozialismus handle ohne staatlichen Zwang.«

Wenigstens vermeiden die »wahren« braunen Sozialisten den Zwang gegen die Unternehmer, wo es irgend angeht, denn sie haben alle Hände voll zu tun, um die Arbeiter gehörig unter Zwang zu halten.

Auch die Textil-Ersatzstoffproduktion stockt!

In einem amtlichen deutschen Bericht über die Lage der Textilindustrie wird zwar hervorgehoben, daß der Anteil der synthetischen Spinnstoffe an der deutschen Textil-Rohstoffversorgung ständig im Steigen begriffen ist, daß aber das Vordringen der neuen Ersatz-Rohstoffe sich »nur zum Teil außerhalb der jeweiligen Konjunkturlage« vollziehe. Die Kapazitätsausnutzung der Kunstseidenbetriebe in Deutschland ist nach diesem Bericht in ständigem Sinken. Die Produktion von sogenannter Zellwolle sei zwar um 40 bis 45 Prozent größer als 1934; trotzdem werde aber ein großer Teil der mit öffentlicher Unterstützung neugeschaffenen Produktionsanlagen nicht ausgenutzt. Insgesamt betrage der Anteil der heimischen synthetischen Spinnfasern an der Textilrohstoffversorgung 1935 etwa 10 Prozent. Das unbefriedigende Ergebnis der Produktionsentwicklung sei nur durch den Rückgang im Textileinzelhandel zu erklären, dessen Umsätze 1935 um etwa 4 Prozent niedriger gewesen seien als 1934. Die Kunstseidenindustrie habe den Absatzausfall teilweise durch Exportsteigerung wettmachen können; dagegen nimmt der deutschen Industrie kein Mensch im Ausland die Zellwolle ab.

Aus Rüstungsgründen werden hier also Millionen in unproduktive Anlagen hineingesteckt, die selbst bei der Abschürfung der Importe für den Konsum nicht voll ausgenutzt werden können. Trotzdem will man die Zellwolle-Produktion 1936 noch fast verdreifachen, um Baumwoll- und Wollimport sparen zu können (1935: 15.000 t, 1936: 40.000 t beabsichtigt).

Das ist Planwirtschaft nach dem Vierjahresplan Hitlers!

Gesinnung statt Wissen

Die juristischen Examina beginnen heute in Deutschland mit der Frage an die Kandidaten, seit wann sie in nationalsozialistischen Formationen organisiert seien. Bereits im Frühjahr 1933 ist eine Bestimmung des

»Integraler Sozialismus«

Ein Buch von Otto Bauer

Im Eugen Prager-Verlag (Bratislava-Tschechoslowakei) erschien dieser Tage ein 350 Seiten starkes Buch von Otto Bauer: »Zwischen zwei Weltkriegen? Die Krise der Weltwirtschaft, der Demokratie und des Sozialismus.« Das Buch stellt einen verkürzten Abschluss des großen Werkes über »Kapitalismus und Sozialismus nach dem Weltkrieg« dar, dessen erster Band im Frühjahr 1931 erschien.

Bauer beginnt mit einer Analyse der Krisen in der Nachkriegszeit, insbesondere der letzten, der dreizehnten seit den Napoleonischen Kriegen. Auch in ihr sieht er eine jener zyklischen, periodischen Störungen, die auch in der Vorkriegszeit etwa alle zehn Jahre einmal zu eruptivem Ausbruch kamen. Aber in ihren Dimensionen ist sie über die schwersten Krisen der Vorkriegszeit hinausgewachsen. Mit dem Sturz der Warenpreise stieg bei gleichbleibenden Nominallöhnen der Anteil der Arbeiterklasse am Produkt ihrer Arbeit. Um das alte Verhältnis wieder herzustellen, mußte die Kapitalistenklasse den Weg der Devaluation oder den der Deflation gehen. Unsicherheit aller Währungen, Dumping und Ueberprotektionismus sind die Folgen, deren Ueberwindung durch die gleichzeitige Agrarkrise besonders erschwert wird, da Agrarkrisen erfahrungsgemäß sehr langwierig zu sein pflegen. Dazu kommt, daß die technische Entwicklung der industrielle Energiegewinnung von der Kohle unabhängig gemacht und damit das Monopol der alten Industrieländer gebrochen hat. Je höher die Mehrwerttrate — das Verhältnis der Profite zu den Löhnen — steigt, desto langsamer wächst der Massenkonsum, desto schneller wird der Produktionsapparat vergrößert. Schließlich können die Warenmassen, die der anschwellende Produktionsapparat auf den Markt wirft, nicht mehr abgesetzt werden. Die Profitrate — das Verhältnis des Profits zur Gesamtmasse des verwerteten Kapitals — fällt. Die Profitrate ist desto höher, je höher die Mehrwerttrate ist, je höher die Umschlaggeschwindigkeit des variablen (zur Lohnzahlung verwendeten) Kapitals ist und je geringer das Lohnkapital im Verhältnis zum Gesamtkapital ist. Mit dem Sinken der Profitrate kommt die Erzeugung von Produktionsmitteln zum Stillstand.

Die landläufige kapitalistische Theorie will durch Deflationspolitik, Lohndruck und Senkung der sozialen Leistungen das Sinken der Profitrate und damit die Krise zum Stillstand bringen. Sie kann aber durch Minderung der Kaufkraft die Krise nur verschärfen. Ihr entgegengesetzt ist die von Bauer als kleinbürgerlich bezeichnete Kaufkrafttheorie. Kapitalistische Prosperität ist nicht möglich ohne steigende Profitrate; das Steigen der Profitrate geht aber immer auf Kosten der Löhne und damit der Kaufkraft.

Diese für alle Krisen typischen Erscheinungen haben sich bei der letzten so gesteigert, daß neue, bisher nicht beobachtete Wirkungen eingetreten sind: Zusammenbruch der Währungen, autarkische Tendenzen, bürokratische »Dirigierung der Wirtschaft«. Der Staat reguliert die Produktion, die Preise, die Löhne, die Verteilung des Arbeitsertrags auf die Klassen. Aber dies alles geschieht planlos, dem Druck der augenblicklichen Krisennöte folgend. »Planwirtschaft« auf der Basis des kapitalistischen Eigentums kann den inneren Widerspruch der kapitalistischen Produktionsweise nicht beseitigen. Der »Planismus« innerhalb der Arbeiterbewegung ist aber ein Symptom dafür, daß sich die Arbeiter nicht mehr auf sozialpolitische Forderungen beschränken, sondern den Kampf um die Umwälzung der Gesellschaftsordnung aufnehmen wollen.

Die Sowjetunion zeigt die Möglichkeit einer sozialistischen Gesellschaftsordnung, die die »Krise des Ueberflusses« nicht mehr kennt. Die Sowjetunion, prophezeit Bauer, wird nach der Vergrößerung ihres Produktionsapparates die Lebenshaltung der Bauern und Arbeiter schrittweise heben können. Die Arbeiter der übrigen Welt sind dadurch in dem Willen zum re-

volutionären Kampf gegen den Kapitalismus mächtig gestärkt. Dies bedeutet aber nach Bauer keineswegs, daß die Zeit des reformistischen Sozialismus vorüber ist. Der reformistische Sozialismus hat in Zeiten der Prosperität gewaltige Erfolge gehabt. Solche Möglichkeiten stehen ihm in manchen Ländern auch heute noch offen. »Die Kampfbedingungen der Arbeiterparteien in den verschiedenen Ländern werden in Zukunft verschiedener sein denn je.« Trotz dieser Verschiedenheit muß die gesammelte Kraft aller Arbeiterparteien der Welt auf die Befreiung vom Kapitalismus gerichtet sein.

In den folgenden Kapiteln setzt sich Bauer mit dem Problem der Demokratie auseinander. Die bürgerliche Demokratie ist, wie der Kapitalismus selbst, aus deren Entwicklung sie hervorgegangen ist, »zweischlächtigen Charakters. Ihre

lismus eine vollkommene und dauernde Demokratie möglich wird.

Die Diktatur des Proletariats, in Wirklichkeit die Diktatur einer Parteibürokratie, war in Rußland unvermeidlich, um die Konterrevolution niederzuschlagen und die furchtbaren Schwierigkeiten des Wirtschaftsaufbaues zu überwinden, sie kann aber nicht die endgültige Regierungsform sein. Bauer erhofft von der weiteren Entwicklung der Sowjetunion die Entstehung einer neuen Demokratie auf höherer Stufe, einer Demokratie ohne Klassenherrschaft. Auch in anderen Ländern wird die Umwandlung der kapitalistischen Gesellschaft in eine sozialistische eine Periode der Diktatur des Proletariats erfordern, die jedoch keineswegs einen parteibürokratischen Charakter wie in Rußland anzunehmen braucht, sondern auch den Charakter »Demokratie der Werktätigen« annehmen

lerdeutschland sind die Bourgeoisiedemokratien des Westens unzuverlässig; am Tage nach dem Siege wird sich die französische Bourgeoisie gegen die Sowjetunion wenden und gegen die deutsche proletarische Revolution, die als Folge der deutschen Niederlage ausbrechen wird. Dann aber muß in Frankreich das Proletariat die Macht an sich reißen, und aus dem Bund der sozialistischen Republiken Rußland, Deutschland, Frankreich wird die Föderation der sozialistischen Völker Europas hervorgehen.

Aus diesen hoffnungsvollen Aspekten ergibt sich für Bauer folgendes Programm: In der Sowjetunion bedingungs- und vorbehaltlose Landesverteidigung, in Hitlerdeutschland Revolution gegen den Krieg, in den Bourgeoisiedemokratien Unterstützung der Kriegführung, soweit notwendig ist, Rußland zu helfen und Deutschland zu schlagen. . . . »aber diese Unterstützung nicht in Gefolgschaft der Bourgeoisie, sondern mit dem entschlossenen Willen, selbst die Wechselfälle des Krieges auszunutzen, um im Verlauf des Krieges die Kriegführung der Bourgeoisie zu entreißen, dem Proletariat die Macht zu erobern, dem Krieg die Ziele des Proletariats zu setzen.«

Bauer sieht richtig voraus, daß dieses Einigungsprogramm in den Tagen des Kriegsbeginns keine Massenanhängerschaft finden wird, ja er vermutet, daß einzelne Arbeiterschichten und einzelne Führergruppen nicht imstande sein werden, sich von ihrer alten reformistischen Auffassung auf die neue revolutionäre Aufgabe umzustellen. Er hält neue Spaltungen für wahrscheinlich. Dennoch hofft er, daß alles in der Arbeiterbewegung, das nicht im Alten erstarrt ist, im Feuer des Krieges zusammengeschweißt werden wird, »zu einer integralen revolutionären sozialistischen Kraft, die der Menschheit Führerin sein wird zur Er kämpfung einer integral sozialistischen Gesellschaft.«

Das sind — so genau, wie es die Verkleinerung vom Buch zum Zeitungsbeitrag zuläßt — die Gedankengänge Otto Bauers. Das Buch selbst ist eine starke geistige Leistung, aus der jeder Leser reiche Anregungen schöpfen wird. Daß nicht ein jeder allem zustimmen wird, ist selbstverständlich. Auch hier sollen einige Bedenken angemeldet werden.

Bauer rechnet offenbar mit einem sehr nahen Krieg und nimmt für ihn die augenblickliche Situation als die gegebene an. Läßt aber der Krieg noch längere Zeit auf sich warten, so können sowohl in der inneren Struktur der einzelnen Länder wie auch in ihrer außenpolitischen Gruppierung Änderungen eintreten, die Bauers politisch-strategischen Plan in einschneidender Weise modifizieren würden. Schon jetzt erhebt sich die Frage, ob Frankreich unter der Regierung der Volksfront noch immer nur eine »bourgeoise Demokratie« sein wird, deren Unterstützung für die französischen Arbeiter nur insoweit in Betracht kommt, als sie die Bundesgenossin der Sowjetunion ist. Im Falle eines Krieges gegen Hitlerdeutschland wird man wahrscheinlich an der Spitze der meisten Regierungen Westeuropas Sozialisten finden. In welche Situation kämen sie, wenn die sozialistischen Parteien sich zu der Absicht bekennen wollten, »die Wechselfälle des Krieges auszunutzen«, um dem Proletariat die Macht zu erobern?

Zu einer solchen Absicht können sich nur die Parteien bekennen, die jetzt schon mit ihrer heimischen Staatsgewalt im Kriege stehen, wie zum Beispiel die deutsche Sozialdemokratie. Daß ihr nächstes Kriegsziel der Sturz Hitlers sein muß, ist selbstverständlich. Wird ihr aber nicht nach der Erreichung dieses Ziels die Pflicht zur Landesverteidigung zufallen? Schon diese Andeutung zeigt, daß die Dinge viel komplizierter sind, als sie bei Bauer scheinen. Der dirigierte Krieg, dessen Plan er entwirft, birgt noch viel schwierigere Probleme in sich als die dirigierte Wirtschaft.

Wenn bei Bauer die politischen Probleme

Der A — Amann



Gefressen hat ers — aber ob ers verdauen kann?

Leistung für die Befreiung des Individuums wird das kostbare Erbe der Zukunft sein. Schließlich aber stößt sie auf eine Gesellschaftsordnung, die stärker als die Staatsverfassung ist. In der bürgerlichen Demokratie herrscht die Kapitalistenklasse, aber sie herrscht unter dem ständigen Druck der Arbeiterklasse. Will sie sich von diesem Druck — dem Druck des reformistischen Sozialismus — befreien, so muß sie die demokratische Rechtsordnung zerbrechen und zu den faschistischen Banden ihre Zuflucht nehmen. Sie gerät dadurch, ohne daß dies ihre Absicht gewesen wäre, in die Abhängigkeit dieser Banden. So entsteht die faschistische Diktatur als das »Resultat eines eigenartigen Gleichgewichts der Klassenkräfte«, das aber durch sie zugunsten der Kapitalistenklasse wieder aufgehoben wird. Wo der Kapitalismus stark und widerstandsfähig ist, ist die faschistische Gefahr geringer als dort, wo die kapitalistische Wirtschaft erschüttert ist, sie ist aber überall vorhanden. Hatten die Arbeiter früher gehofft, durch Demokratie den Sozialismus friedlich erobern zu können, so müssen sie jetzt erkennen, daß erst durch den Sozia-

kann. Den Glauben der Kommunisten, alles werde sich ähnlich vollziehen wie in Rußland, hält Bauer für verderblich. Für ihn ist die Diktatur des Proletariats, die er sich auch als eine machtpolitisch geschützte Mehrheitsherrschaft vorstellen kann, nur »ein vorübergehendes unvermeidliches Mittel zur Begründung der vollkommensten Demokratie.«

Aus dem Mechanismus der kapitalistischen Antagonismen entsteht der Krieg. Die Länder, die bei der Neuverteilung der Welt im Jahre 1919 zu kurz gekommen sind, Deutschland, Italien und Japan, gehen zur Diktatur über, die zwangsläufig zum Krieg treibt. Der deutsche Nationalismus sucht seine Revanche im Krieg gegen die Sowjetunion; das bedeutet den Entscheidungskampf zwischen Sozialismus und Kapitalismus. Die Arbeiterklasse muß die Gegentendenzen gegen den Krieg, die in einem Teil der Kapitalistenklasse vorhanden sind, stärken, aber sie wird damit den Krieg nicht verhindern, sondern nur ihre eigene Position und die Sowjetrußlands, das im Erstarken begriffen ist, verbessern. In dem sozialistisch-revolutionären Krieg Sowjetrußlands gegen Hit-

me des Kriegs zu unkompliziert erscheinen, so kommt das daher, daß Bauer auch bei der Betrachtung der gegenwärtigen Klassenkämpfe die Methode der Vereinfachung liebt. In ihrem Sinne spricht er von der »Arbeiterklasse«, der »Bourgeoisie«, dem »Proletariat«, von »bourgeois« Demokratien und »proletarischen« Diktaturen. Natürlich ist auch ihm nicht unbekannt, welche tiefgreifenden Differenzierungen sich innerhalb der alten Klassen der kapitalistischen Gesellschaft vollzogen haben und noch vollziehen. Ohne diese Differenzierungen keine Spaltung der Arbeiterbewegung, ohne sie aber auch nicht die von Bauer anerkannten Erfolge des Reformismus. Es ist doch nicht so, daß Bourgeoisie und Proletariat wie zwei geordnete Heerhaufen auf dem Exerzierplatz gegeneinander manövrieren. Leider aber ist diese primitive Vorstellung noch in vielen Köpfen vorhanden und richtet erheblichen Schaden an. Durch den Gebrauch von Ausdrücken wie »proletarische Diktatur« und »bourgeois« Demokratie wird sie noch gestärkt.

Die Diktatur kann in ihrer Grundrichtung großbürgerlich, kleinbürgerlich oder proletarisch sein, sie kann verschiedene Fraktionen der Bourgeoisie oder des Proletariats, oder auch kleinere Interessensklänge repräsentieren, als Diktatur aber hat sie immer die gleichen Erkennungsmerkmale, gleichviel von wem und für wen sie ausgeübt wird.

Dasselbe gilt von der Demokratie. Die »bourgeois« und die »proletarische« Demokratie können als Staatsform voneinander nicht verschieden sein. Demokratie bleibt Demokratie, wie eine Kugel eine Kugel bleibt, gleichviel welchen Inhalt sie hat und wozu sie gebraucht wird. Ändert sich der Inhalt, so droht die Form zu zerspringen; daß aber der Kampf um den sozialen Inhalt der Demokratie die Sprengung ihrer Form zur Folge haben muß, läßt sich nicht beweisen. Der Fall der deutschen Republik ist kein Beweis.

In Deutschland hat die Demokratie dem Druck der sozialen Spannungen nicht standgehalten, weil sie zu neu und zu wenig gefestigt war. Es war keineswegs so, daß die Kapitalistenklasse eine Macht ergreifung des Proletariats mit den Mitteln der Demokratie zu befürchten hatte und daß sie deshalb die Demokratie zerbrach. Die Sozialdemokratie konnte mit Gewalt zerschlagen werden, weil sie auf ihrem eigenen Boden, dem der Demokratie, zurückgeschlagen war. Weil sie während der Krise nicht die Kraft besaß, mit einem Programm des angewandten Sozialismus neue Massen an sich zu reißen, die Mehrheit und mit ihr die Macht zu gewinnen, darum konnten ihr auch die Erfolge wieder entrissen werden, die sie bis dahin erreicht hatte. Wäre sie zur Zeit der Krise eine stürmisch aufsteigende Macht gewesen, die deutsche Bourgeoisie wäre vor ihr zusammengeknickt, wie sie noch immer

vor jeder wirklichen Macht zusammengeknickt ist.

Es besteht darum kein Grund, aus dem Fall der Deutschen Republik die Lehre zu ziehen, daß zwischen der »bourgeois« und der »proletarischen« Demokratie ein diktatorisches Zwischenspiel unvermeidlich sei. Das deutsche Beispiel lehrt nur, daß die sozialistischen Parteien in der Wirtschaftspolitik Führerwillen und Führerqualitäten beweisen müssen in weit höherem Maße, als das in der deutschen Republik der Fall war. Das geistige Rüstzeug zu schmieden, mit dem die Welt er-

oberet werden kann, das bleibt für den Sozialismus die ewig sich erneuernde Aufgabe.

Es wird ein großer Fortschritt sein, wenn endlich einmal die Diskussion über Demokratie und Diktatur zu einem einverständlichen Abschluß gebracht werden wird. Bauers Buch — und das ist sein größter Vorzug — wirkt in dieser Richtung. Es will zusammenfassen, versöhnen, vereinen, indem es auf der einen Seite die großen Erfolge würdigt, die der Reformismus auf dem Boden der Demokratie erringen konnte, und indem es auf der an-

deren Seite die geschichtliche Leistung preist, die die Sowjetunion mit diktatorischen Methoden vollbracht hat. Jeder Sozialdemokrat wird ihm zustimmen, wenn er in Sowjetrußland einen Abbau der Diktatur wünscht, von den Parteien des demokratischen Sozialismus aber die Anspannung ihres sozialistischen Willens verlangt. Auf diesem Wege liegt irgendwo die Zusammenfassung aller sozialistischen Strömungen zu einer höheren Einheit: das, was Bauer den »integralen Sozialismus« nennt.

Friedrich Stampfer.

Die Tragik des Konservatismus

Oswald Spengler und das Dritte Reich

Es war kein Bannspruch der Schulphilosophie, sondern die Vorwegnahme des Urteils der Geschichte, als die Zeitschrift »Logos« 1920 im Namen einer Gelehrten-Phalanx Spengler einen Komzetan nannte, der rasch vorbeiziehen würde. Spengler habe — so lautete der Richterspruch des wirklichen Logos — jene geschichtsphilosophische Synthese mit plumper Hand versucht, die nur den geweihten Händen des Genies vorbehalten sei. Nur deutlicher ist uns seitdem das Grelle und Hysterische dieser Geschichte, Orakelsprüche und Schicksalsdeutungen geworden, die auf sorgfältige Ursachenforschung verzichten. Noch empfindlicher ist man heute gegenüber den Machtprüchen eines geschichtsphilosophischen Cäsarenwahns, der mit den Jahrhunderten schaltet. Im Vergleich zu den harten und kühnen Strategen der Geschichtswissenschaft ist Spengler der typische »Zivilstratege«, der vom Stammtisch aus lenken will. Er ist der kenntnisreiche, aber ungründliche, der wirkungsvolle Schlagworte prägende, aber völlig unkritische Oberlehrer in der Löwenhaut des Propheten. Der Sinn für die Nuance unterscheidet den Könnler vom Dilettanten. Dieser weiß die feurigen Rosse der Analogie nicht zu zügeln und wird von ihnen schließlich am Boden geschleift. Die Vergrößerung jeder Fragestellung und ein geradezu leidenschaftlicher Hang zum Vulgarisieren bleiben die für Spengler kennzeichnenden Züge. Sein Schaffen wird getrieben von der trüben Flut des Vulgar-Nietzscheanismus, die über uns hinweggebraust ist. Dabei spielt die Geburt des Faschismus aus dem Geiste des Vulgar-Nietzscheanismus keine geringe Rolle. In der temperatenvollen Bannbülle, die Max Klinger vor kurzem an dieser Stelle gegen das Ganze der konterrevolutionären Ideologien gerichtet hat, wurde unter all den Pseudokonservativen und Pseudosozialisten Spengler mit Recht an hervorragender Stelle genannt.

Beim Tode Spenglers erscheinen uns eigentlich nur zwei Fragen aus seinem Ideenkreis interessant und aktuell. Erstens: wie ist sein Zerwürfnis mit dem Nationalsozialismus zu bewerten? Zweitens: in welchem Verhältnis stehen sein Pessimismus und sein »Cäsaria-

mus«, seine Untergangsprophetisierungen und sein »preußischer Sozialismus« zueinander?

Spengler bleibt unbeschadet aller späteren Differenzen ein Kirchenvater des Dritten Reiches. Die geistigen Ahnherrn des eigentlichen Nazitums sind gewiß Gobineau, Chamberlain und noch kleinere Geister aus der Werkstatt des Pangermanismus und des Rassen-Antisemitismus. Aber die eigentlich faschistischen Schlagworte haben den Nazis andere geliefert, unter denen Spengler steht. Er konnte stolz betonen, mit seiner Schrift »Preußentum und Sozialismus« habe die nationale Bewegung 1919 in Deutschland begonnen. Mehr aber noch finden sich in ihr die faschistischen Grundformeln: der autoritäre, anti-ökonomische, anti-liberale, der imperialistische »Sozialismus«. In der durch die Zeitwende verwirrt und antibürgerlich gestimmten Jugend weiß der raffinierte und mit Ressentiment geladene Pamphletist den Marxismus als bürgerliche Haltung, als »manchesterlichen Kapitalismus von unten« zu denunzieren. Geist und Geld, Wirtschaft und Intellekt sind die auf einen Generalnenner gebrachten feindlichen Mächte, die der heroische Ordensgeist einer sozialistischen Herrenklasse überwinden soll. Ein auf Nietzsche und die Lebensphilosophie statt auf Marx und die wissenschaftliche Soziologie gegründeter Sozialismus wurde zur dünnen Hülle für das, worauf es ankam: die ideologische Rehabilitierung des Militarismus. Durch einen wahren Taschenaplertrick, durch die Unterstreichung gemeinsamer überindividualistischer Faktoren wird der Sozialismus dem Militarismus gleichgesetzt. Spengler leistete die ihm zugefallene historische Aufgabe mit unbestreitbarer Gewandtheit: er schuf die ideologischen Traditionskompagnien der »Ideen von 1914«. Sie entsprachen der politisch-militärischen Funktion der Wehrverbände zwischen 1919 und 1935. Mit der Verherrlichung des kommenden Cäsars, der politischen Eliten, der Prätorianer-Heere erfüllte er in Deutschland die Aufgabe aller politischen Philosophie des Faschismus: in den nach 1918 von Kriegshaß bewegten europäischen Völkern, die zu

einem neuen Kriege bereite Kollektiv-Seele zu erzeugen.

Es handelt sich also um einen Fraktionsstreit, wenn Spengler und die Nazis schließlich auseinander kommen. Spenglers integral militaristische Ideologie gerät in Gegensatz zu jener anderen, die auf ihre sozialistische Tarnung nicht verzichten will. Spengler plaudert Ende 1933 bereits offen aus der Schule: Jetzt solle es nur noch: Preußentum heißen unter Verzicht auf die mißverständliche Parole des preußischen Sozialismus. Die Nazis dagegen waren klug genug, trotz Schacht und Blomberg auf die Schlagworte der plebejischen Revolution nicht zu verzichten. Sie haben sich auch nach dem 30. Juni 1934 bei Spengler keine neue cäsaristische Ideologie bestellt. Sie mußten diesen Propheten als Bloßstellung empfinden: wie ein Banse der Philosophie definiert er den Staat als das »In-Form-Sein« des Volkes für den möglichen Kriegsfall, identifiziert er Menschengeschichte mit Kriegsgeschichte, schreitet er einen massiven Haß gegen das Proletariat und gegen jede Sozialpolitik heraus. Was konnte das Dritte Reich mit einem Besserwisser anfangen, der mit allen Parteien sehr deutlich auch die Monopol-Partei zur Canaille rechnete, der im »Führer« nur einen Johannes für den gesalbten Cäsar sehen wollte und sogar vor der Verwechslung zwischen Held und Heldentenor zu warnen wagte?

Hinter diesem politisch fraktionellen Gegensatz zwischen den zwei heterogenen Flügeln des Faschismus wird in Spenglers gesamtem Schaffen ein tieferer philosophischer Gegensatz ausgekämpft: die konservative Kulturphilosophie und sein politischer Cäsarismus stimmen nicht zusammen. Zwischen dem Untergangs-Philosophen und dem politischen Pamphletisten herrscht eine ungeübte, ja nicht einmal von ihm bewußt analysierte Spannung. Der Denker Spengler ist in der Tat konservativ. Er erkennt den technisch-zivilisatorischen Fortschritt nicht als Wert an, er leugnet die Tatsache einer einheitlichen Menschheit, der man diesen Fortschritt zurechnen könnte. Er weiß nur um den Erstarrungstod der pluralistisch aufgefaßten Kulturen in mechanisier-

Volksgemeinschaft

Das nachfolgende Gedicht ist von einem Wurmknumpel verfaßt und macht jetzt heimlich die Runde im Industriegebiet:

- Das ist wahre Volksgemeinschaft, Edel, hilferich und gut; Wenn das Volk in schwerer Knechtschaft Zahlt und hungert bis aufs Blut.
- Einen Orden man verleiht, Dem, der treue Dienste tat; Prächtig dann das Volk gedehet, »Willig« Steuern zahlt dem Staat.
- Bei der Arbeit gibt's kein Murren; Hasten, Jagen immerzu. Mag' auch mal der Magen knurren Bind' ihn einfach fester zu!
- Sind auch knapp die Lebensmittel, Schlecht und teuer noch dabei. »Uns kommt Keiner an den Kittel«, Schlagt den Jud', Sieg Heil, juohhei!
- Der versoff'ne Ley indessen Predigt Werksgemeinschaftsgeist. Doch er sagt nicht — angemessen — Wer wieviel Profit einheimst.
- Ständig pred'gen Hitlers Pfaffen Dem getret'nen Volke, ach! Heimlich lacht man aus die Affen, Denkt dabei: Leckt uns am A....
- Einmal kommt die Zeit der Rache, Einmal ist der Schwindel aus! Denk' daran, Prolet, und mache Dir schon jetzt Dein Fründchen aus.

Der Denkalog

Die Situation ist nicht ganz einfach. Zwei ehemalige Schulkoameraden haben sich zufällig im Café wieder getroffen. Keiner kennt die Farbe des anderen. In solchem Falle wird heute im Dritten Reich der Dialog durch den Denkalog ersetzt: Mehr kombinieren als reden, zwischen den Zeilen denken. Der Denkalog verläuft im Anfang ungefähr so, wie er mir von dem einen beschrieben wurde. Den anderen muß ich ein bißchen nachdichten.

A. Fünfzehn Jahre, seit wir beiden vom Kasten runter sind. (Er denkt: Ein ausgesprochenes Meckerer-Café hier, wenn er braun ist, ist er als Spitzel hier).

B. Allerhand inzwischen passiert, was? (Ein ausgesprochenes Meckerer-Café hier, wenn er braun ist, werd ich ihm verdächtig vorkommen, gleich wird man was hören).

A. Inflation, mein Vater pleite, meine Mutter gestorben, gebadet hat man, allerhand... (Kannst du warten, bis ich politisch werde, bei den Zeiten, in Leipzig hat eine Frau ihren Mann wegen Meckerei denunziert, um ihn los zu werden, er wurde auch prompt abgeholt, jetzt lebt sie ungestört mit ihrem Liebhaber, wem soll man noch trauen?)

B. Ja, allerhand, weiß Gott. Rauf und runter. Umbruch. Hindenburg gestorben, sechs Jahre Weltkrise. Allerhand. (Irgendwas muß er sich jetzt merken lassen. Geht er drüber weg, ist er nicht braun oder er will dich in Sicherheit wiegen, du quatscht und bei der nächsten Gelegenheit läßt er dich mit erschießen).

A. Dazu der abessinische Krieg und was hinterher kommt. (Da kannst du warten,

mein Lieber, in der Außenpolitik kann mir nicht viel passieren). Aber dein Papiergeschäft geht gut, was?

B. Gut ist zu gut gesagt. Vertreter, Reisender, was bleibt da schon! (Nach Abessinien willst du abbiegen? Soll ich vielleicht gegen Mussolini losdonnern, daß du mir dann mit dem Faschismus kommst und ich muß ja oder nein sagen?!). Fauler Geschäft für Papier, wenn soviele Zeitungen eingehen.

A. (Und die was taugen, kauft sich der Eherkonzern mit dem Revolver. Die gehn dann als »neutrale Zeitungen« raus, predigen üb' immer Treu und Redlichkeit, der neue deutsche Mensch, deutsch sein heißt wahrhaftig sein). Die Krise, mein Lieber! (In so 'nem Hitlerkonzern sollte man sitzen, aber das ist reserviert für die allerhöchsten Kreise, so entstehen die neuen Millionäre, deutsch sein heißt heroisch sein).

B. Die Krise und die Radfahrer. (War das aber frech, von mir, da lächelt der nicht einmal, ist er so doof geworden oder stellt er sich so dumm?) Wenn wir die Rüstungen nicht hätten! (Deutlicher werd ich auf keinen Fall. Wieso muß man sich unterhalten? Also schweigen wir von was anderem. Von der CSR aus hat ein Mädchen den eigenen Vater wegen Staatsfeindlichkeit der Gestapo angezeigt, warum denn nicht ein Schulkoamerad den anderen, mich könnt ihr...)

A. Ja, die ganze Welt rüstet, die ganze Welt. (Ich bleibe beim Ausland, mein Sohn, mich fängst du nicht, ich bin ein mittlerer Beamter, aber kein Märtyrer). Schön, das Bild dort an der Wand, nich? Wie die Schwäne im Winde segeln!

B. (Ich glaube, er ist so doof). Herrliche

Tiere, Staatstiere. Der rote Schnabel auf dem weißen Gefieder!

A. (Roter Schnabel, roter... Lacht er verstohlen oder scheint mir nur so? Neben-an horcht schon einer. Am besten, man schleicht sich davon). Kellner, zahlen.

B. (Schon besser, ich gehe mit, sonst denkt er, ich bin in dem Filstercafé Stammgast und läßt mich beobachten, wenn er so einer ist). Zahlen, Ober. (Auf dem Kasten war er eigentlich immer Opposition, immer bißchen revolutionär, aber was weiß einer heute, man kann nicht mal mit seinem Bruder offen reden. Wo ist denn mein Spazierstock?)

Kellner. Heitler, meine Herren!
B. Grüß Gott... (Verdammich, das ist mir so raus gerutscht).

A. (Was sag ich, was sag ich, am besten nix).

Die Straße nimmt sie auf. Wortarm gehen sie nebeneinander. Zu gleicher Zeit hat ein mittelgroßer, unscheinbarer Mann das Café verlassen und heftet sich an die Fersen der beiden.
Br. Brandy.

Die braune Unschuld

Das Blatt der SS trieft eine Spalte kochender Entrüstung, weil in der Schweizer katholischen Zeitung »Hochwacht« ein Artikel über die braune Barbarei gestanden hat. In der Kinderbeilage. Es heißt da in einem Brief aus Deutschland:

»Froh wäre ja die ganze Welt, wenn der Hitler nicht mehr regierte; aber die Katholiken wissen, daß sie ihn nicht mit Gewalt vertreiben oder gar töten dürfen. Wir dürfen und sollen beten, daß der liebe Gott diesen Mann

Der neue Spießer

ten Zivilisationen. Als konservativer »Organologe« begeistert er sich für die schöpferischen Kulturperioden. Liebevoll ruht sein beschaulicher Blick auf den Urphänomenen, die sich in den verschiedenen Kultur-Vegetationen zu vorübergehender Blüte entfalten. Die Zeitalter des Städtertums, der Kritik bringen den Kultur-Herbst nach den Sommerzeiten der schöpferischen Naivität. Sie leiten die Zeitalter der Massen, des Sozialismus und des imperialistischen Cäsarismus als Epochen des Kultur-Winters ein. Der Willensmensch und Agitator Spengler aber verleugnet diesen konservativ-pessimistischen Kulturphilosophen. Er bejaht die Epoche des imperialistischen Kulturverfalls nicht nur mit einem tapferen amor fati, er will mit allen Kräften an ihrem Kommen mitwirken. So wird er aus einem Konservativen zum Faschisten, aus einem goethenischen Aristokraten wird er wider seinen eigenen Willen zu einem Erwecker des plebejischen Acheron. Cäsar, der Ueberwinder der aristokratischen Republik, war ja kein Konservativer, und Cäsarismus oder Bonapartismus ist nie eine konservative Haltung gewesen. Spengler war auch gegenüber sich selbst zu unkritisch, um über diesen Gegensatz zu reflektieren. Aber seine Philosophie hat gemeinsam mit anderen dieser Art die Schranken, ja die Tragik des Konservatismus im imperialistisch-faschistischen Zeitalter deutlich gemacht. Zu derselben Zeit, in der Spengler seinen »Untergang des Abendlandes« schrieb, rang auch ein anderer Denker mit seinem inneren Konservativismus: Thomas Mann in den »Betrachtungen eines Unpolitischen«. Aber der konservative Humanismus des damaligen Thomas Mann war sich der gefährlichen Nachbarschaft des Konservativismus zum Imperialismus bewußt. Deshalb führte er seinen konservativen Kampf als ein Rückzugsgeschehen. Dieses aber bereitete einem Vordringen zum neuen Humanismus und geklärten Liberalismus den Weg. Spengler kann vom Konservativismus bedenkenlos in die faschistische Front einschwenken, weil sein vereinfachend agitatorisches Denken die Verschlingung der Probleme nicht erkennt. So vollzieht sich objektiv an ihm eine Tragik, die er sich bewußt zu machen nicht imstande ist. S. M.

Unser oberster Baumeister..

Stichprobe aus dem hitlerdeutschen Alltag

»Trotz dieser klaren Ziele und Grundsätze stößt die Arbeit der Baupolizei noch heute vielfach auf Nichtverstehen und Widerstand. Manche Volksgenossen bezweifeln, ob die geltenden gesetzlichen Bestimmungen auf baupolizeilichem Gebiete oder ihre Anwendung durch Beamte oder Beauftragte des Staates tatsächlich dem Willen des Führers Adolf Hitler entsprechen. Zu solchen Zweifeln ist keinerlei Anlaß. Das Gesetz, durch welches die Arbeit der Baupolizei in Preußen neu geregelt wurde, stammt vom Dezember 1933, also aus dem ersten Jahre des neuen Reiches, und ist seitdem nicht im geringsten abgeändert oder ergänzt worden. Es ist

Zum Bluffgeschrei der Nazis gehörte auch der Ruf: »Kampf dem Spießer!« Unter Spießbürger wurde ein jeder verstanden, der nicht heroisch genug leben wollte, dem Frieden lieber war als Krieg, der in den braunen Reihen nicht mitmarschieren und der überhaupt zwischen leben und marschieren einen Unterschied machen wollte. Der Marschzettel wurde das Symbol des »wachsenden Deutschlands«. Nun sind die Demagogen fett geworden, saturiert und beglittert, das Ruhebedürfnis meldet sich. In die Ecke Besen! Aber der Stiefel hat sich selbständig gemacht, beinahe auch geistig, er trampelt weiter und das Ausland lacht oder bekreuzigt sich. Die Bonzerie kann ihn so nicht mehr brauchen, er soll nur für Festaufzüge gelten, er wird unbequem, die Bonzen kommen nicht mehr mit. Der neue Spießer konkurriert seine Väter tot; er hat nur Jägers Normalhemd aus und das braune Hemd angezogen. Naziblätter bringen unter der Überschrift »Gegen den modernen Spießer« einen Aufsatz des Leiters des Rassenpolitischen Amtes der NSDAP. Darin klagt Groß, daß gewisse kleine Menschen die »heldische Haltung« falsch auffaßten:

»Soldatische Haltung scheint ihnen etwas zu sein, was man mit den Schaffstiefeln anziehe, und der Schaffstiefel werde

die klare und eindeutige Verkörperung des Willens unseres obersten Bauherren! Ein Beamter oder Beauftragter des Staates aber, der versuchen würde, in der Anwendung der baupolizeilichen Bestimmungen dem Sinn und dem Willen der Staatsführung entgegenzuhandeln, würde seine Absicht nicht verwirklichen können, weil ihm sofort andere Stellen, wachsame Hüter nationalsozialistischer Grundsätze, in den Arm fielen.«

So jermiaht der Regierungsbaurat Bahlsen in der Verbandszeitschrift »Deutsche Öffentlich-Rechtliche Versicherung« (Mai 1936). Das mit dem »obersten Baumeister« aller Deutschen sei diesem Arier mit wahrhaft wunderbarem Anpassungsvermögen geschenkt! Aber nachdenklich möchte man doch ein wenig werden, wenn hier eingestanden wird, wie sogar ein Lokus-Bau in Hitlerdeutschland dadurch zum Problem wird, daß sich alles auf den unwiderruflichen »Willen des Führers« oder gar auf das »nationalsozialistische Gedankengut« beruft — die einen so, die anderen anders! »Beauftragte des Staates« gibt es im Dritten Reich bekanntlich die schwere Menge; jeder, der eine Uniform nach Räuberzuschneid sich zulegt, ist schlechterdings einer. Und sagt der eine »Beauftragte des Staates« vor fraglichem Lokus hü, so sagt eben der andere hott. Schade um den Lokus! Schade aber auch um diesen geradezu durchgeistigten

ihnen zum stolzgetragenen Bekenntnis ihrer zeitgemäßen Einstellung, Geist und geistige Fragen seien ihnen verdächtig, und sie wüßten nicht, ob sich solche Dinge für die Gegenwart noch schickten. Kunst schätzten und priesen sie, aber sie mißse »heroisch« sein, und deshalb scheine es ihnen ein tieferes Zeitbedürfnis, daß der Maler, wollte er nicht rückständig sein, nackte Jünglinge mit blutroten Hakenkreuzfahnen male, daß der Dichter von Fahnen, Kampf und Tod reime, und in der Musik scheine es ihnen erforderlich, an die Stelle verweichlichender Streichmusik mehr Blech und Pauken zu setzen.«

Mit solchen primitiven Kulturauffassungen »trabe der neue Spießer durch die Lande...« Ja, es geht in den braunen Reihen geistig sehr durcheinander. Tatsächlich ist der Militärmarsch zur ewigen Tagesmusik des Neudeutschen gemacht worden, Wagner soll Hitlers Heroide sein, die Reimerlein »auf Kampf und Tod« wurden staatlich prämiert, Geist und Kultur wurden mit dem Revolver bedroht und von oben als liberalistische Entartungen denunziert. Das blieb in einfachen Köpfen sitzen — und nun soll das alles plötzlich ein Mißverständnis sein? Der neue Spießer ist da und will sein Blubo haben. Soll es auf ihn keinen Eindruck machen, wenn dauernd die rauschenden Fahnen bedichtet werden, wenn Göring mit Speer und germa-

nischen Linnen notdürftig bekleidet, halbnackt in der Schorfheide jagt? Wenn ein rauhes Leben als neue Religion gepredigt wird?

Ab und zu machen Fanatiker ganze Arbeit oder machen arme Teufel aus der Not die neue Tugend. So berichtete kürzlich das Berliner 12-Uhr-Blatt, daß in der Dornsdorfer Feldmark ein Mann in einer selbstergerichteten Erdhütte hauste.

»Mehrfach hatte der Bürgermeister den sonderbaren Einsiedler zur Aufgabe der unzeitgemäßen Wohnung aufgefordert, ohne damit Erfolg zu haben. Nunmehr haben die zuständigen Behördenstellen kurz entschlossen die Erdhütte einfach niedergeissen.«

Eins haben die Blätter unterschlagen. Zu dem wenigen Mobiliar der Erdhütte gehörte ein Hitlerbild und der neudeutsche Wandspruch: »Deutsch sein heißt rauh leben!« — Dieser Höhlenbewohner hatte die Naziliteratur wörtlich genommen, wie so viele andere die Phrasen der Oberspießer. Nun müssen sie bremsen, denn sie sitzen oben, quellen auf und fühlen, wie ihnen der Widerspruch zwischen Schein und Sein, zwischen Wort und Tat allmählich die Verdauung stört. Der einfache Spießer droht sie nieder zu konkurrieren.

Ordnungsstaat, der dem Untermenschentum der Demokratie endlich ein Ende so glorios bereitet!

Gleichhaltung auf dem Friedhof

Das Gaukulturamt der Stadt Köln hat »Richtlinien« für den Friedhofschmuck herausgegeben, durch die selbst den Toten die Möglichkeit genommen wird, aus der militärisch ausgerichteten Reihe zu tanzen. Folgendes wird verfügt:

In gleichen Friedhofsteilen sind alle Denkmäler gleich hoch zu halten. Grell weiße und tief schwarze Steine sind verboten, an erster Stelle soll der deutsche Naturstein verwendet werden. Bronze gilt als »Fremdkörper« — das ist begreiflich, sie gehört in die Rüstungsbetriebe und hat nicht der Ehrung, sondern der Vermehrung von Toten zu dienen —, Plastiken und Reliefs aus Bronze werden nur »von Fall zu Fall« gestattet, bronzene Anheftungen sind untersagt. Nicht nur die fabrikmässige Herstellung von Grabsteinen wird künftig unterbunden werden (siehe: Arbeitsbeschaffung für das Handwerk) — auch selbst gebaute Grabsteine armer Familien fallen weg, denn sie werden, wie die Presse zugibt, »nur in wenigen Fällen den gestellten Anforderungen entsprechen«. Auf ein paar Härten mehr oder weniger kommt es ja den braunen Arbeiterfreunden nicht weiter an.

Aber die Krone der ellenlangen, von uns

nur zum kleinsten Teil wiedergegebenen Totendienstordnung bildet folgender Absatz, der sich auf die Grabinschriften bezieht:

»In jedem Falle ist in dem Genehmigungsantrag der vollständige Text, die Anordnung, Art und Farbe der Beschriftung anzugeben. Nicht genehmigte Inschriften dürfen nicht angebracht werden.«

Damit ist das Walten des Zensors bis auf den Friedhof ausgedehnt worden. Jetzt fehlt nur noch, daß man den Müttern vorschreibt, wie lang, wie breit und schwer ein neugeborener deutscher Säugling zu sein hat. Dann ist die Gleichhaltung von der Wiege bis zur Bahre beendet, dann gähnt und spielt vielleicht sogar der Mond, der über Deutschland scheinen muß.

Zu gut gemeint

»Gewiß wird es ihm (dem Richter) selbstverständlich sein, daß das Prinzip »Gemeinnutz geht vor Eigennutz« bereits als solches gilt und die Auslegung maßgeblich beeinflusst. Aber wenn ein Richter die Verzinslichkeit eines Darlehens mit der Begründung ablehnt, daß der Nationalsozialismus »Brechung der Zinsknechtschaft« fordere, so scheint das doch allzu gut gemeint. Der Führer hat sich das Tempo, in dem das Parteiprogramm verwirklicht wird, ausdrücklich vorbehalten. Wer ihm vorgreift, und sei es auch aus bester Absicht, handelt nicht nationalsozialistisch.«

(»Deutsche Rechtswissenschaft«, Heft 2, Aufsatz: »Richteramt« von Prof. Dr. Eckhardt.)

bald von der Erde wegholt. Das ist keine Sünde, aber ihn selber vertreiben, das geht nicht...

Die deutschen Nazis hängen darauf und haben sogar Leute angestellt, die über die Katholiken lügen müssen... Daher sind die Deutschen heute viel schlimmer als die Bolschewiki in Rußland.«

Und dann folgt noch einiges über die braunen Greuel. Das »Schwarze Korps« kocht: So etwas wagt man Kindern vorzusetzen, so werde »mit dem religiösen Gefühl der Jugend Schindluder getrieben« und so etwas dulden die Schweizer Behörden?!

»Auch der fanatischste Zentrumsprälat und Jesuitenpater wird, wenn er sich überhaupt noch ein Gefühl für Wahrheit und Anständigkeit, Ehrlichkeit und objektive Gesinnung bewahrt hat, nicht bestreiten können, daß es sich hier nicht nur um eine ganz skrupellose politische Verhetzung, sondern, was noch viel schwerwiegender ist, um einen ganz schamlosen Mißbrauch von Gott und Religion handelt.

Dieser politische Katholizismus hat sich auch geistig mit jener internationalen Hetzerclique gleichgeschaltet, die schon immer nach dem Tod des politischen Gegners gestrebt hat.«

Sie predigen zwar den Tod des politischen Gegners seit andorhalb Jahrzehnten, die Opfer ihrer Mordgräber türmen sich zwar zu Bergen, sie lernten zwar schon vor zehn Jahren ihrer Jugend »Stresemann verweise man«, zwar ist jedes Wort der katholischen Anklage leider wahr, aber diese Fähigkeit zur verblüffenden Entrüstungsexplosion gehört zum braunen Geschäft. Wer richtig lügen und die Welt düpierten will, muß sich aufs Heucheln verstehen. Er muß Menschen schin-

den und erschlagen können und wenn sich andere darüber aufregen, muß er sich mit blitzenden Augen und tönenden Worten moralisch darüber entrüsten können, daß seine Unschuld und Rechtschaffenheit derart gemein verfolgt wird. Mit dieser konsequenten Heuchelei und krankhaften Verlogenheit haben sie das deutsche Volk verwirrt und geblufft, machen sie aus ihrer Gangsterei eine neue Moral, stellen sie die Kritiker mit gewaltiger moralischer Entrüstung als gottlose Lügner hin und bluffen so die ganze Welt, um ihr das Schicksal des deutschen Volkes zu bereiten.

Nur in einem Punkte scheint uns das Schweizer Blatt ungerecht zu sein: wenn es das deutsche Volk mit Gangsterbanden in einen Topf wirft. Wir lesen da Sätze wie: »Die Deutschen aber machen es viel teuflischer...« Wenn das deutsche Volk über die Hitlererei ein einziges Mal frei reden und abstimmen könnte, würde sofort klar werden, wie wenig das Volk mit dem verbrecherischen Gewaltregime gemein hat.

Die Bremse

Der Marxismus im Sprechchor.

Göbbels hat die Sprechchöre für alle Veranstaltungen der NSDAP verboten. In einigen Blättern werden die Gründe entwickelt, am instruktivsten, soweit wir sehen, im Berliner »Westen«. Es heißt da:

»Nichts wuchert leichter in der Sonne eines starken, autoritären Regimes als die Unkrautblüten markt-schreierischer Talmikunst, scheinheiliger Verhimmelung, bombastischer Phrasendrescherei der Nerven und der »Gesinnungstüchtigen.«

Hier wird ganz offen der Diktatur und dem Maulkorb die Mitschuld zugeschoben und das folgende entblößt die offizielle braune Phraseologie:

»Es ist ja gerade beim Sprechchor so einfach, Gedanken durch Phrasen; Formvollendung durch Maridigkeit zu ersetzen. Reimen braucht das Zeug sich nur zuweilen, unanstößige, offiziell gebilligte Gedanken (»Blut = Bodens«, »Kampf = Schwert«, »Wir = Volk«, »Kameraden = Tod«) finden sich leicht, und auch das papierne Wort kann man schließlich rhythmisch aussprechen.«

Das »papierne Wort«? So papieren sind euer Worte schon, das die Hitleriken die Abstumpfung an ihren Pimpfen spüren. Siehe die Klage in der braunen Zeitschrift »Die Frau«. Aber der Sprechchor hat noch anderes auf dem Gewissen und das ist wohl das wichtigste:

»Es gilt auch nicht immer, nur Konjunkturrittertum und Dilettantismus auszuwerten. Gern schleichen sich marxistische Gedankengänge und Gottlosenpropaganda, verbrämt wie der Wolf im Schafspelz, in die fordernden Texte der Stegreif-Sprechchöre ein. Sogar in gedruckten Werken konnte man Dinge finden, die man im Sinne der klaren Zielsetzung des neuen Staates und der völkischen Einigung als bedauerliche Entgleisungen oder Verirrungen empfinden muß.«

Solche bedauerliche Entgleisungen sind die sozialistischen Forderungen, rhythmische Sätze gegen den Kapitalismus, gegen Knechts- und Mameluckentum. Die Opposition hat sich in den Sprechchor geflüchtet und rumort dort in allen Tonarten:

»Wenn mit dürftigem Gestammel jungen Menschen abgeraten wird, zu einem

Gott zu beten, oder wenn man seitenlang den Eindruck erhält, es gäbe für den deutschen Menschen keine anderen Ziele mehr als egalweg das Schwert zu schärfen, zu stürmen, zu fallen oder »das Feuer unter den Kesseln zu schüren«, dann schütteln gerade die ernstesten, harten, schlichten Kämpfer den Kopf — vom Ausland ganz zu schweigen.«

Dem Bonzen wird es angst und bange, der braune Zungenwirrwarr brüllt ihn rhythmisch an, der Bonze aber braucht Ruhe, die entfesselte Phrase bedroht seinen Schlaf und er kann schon nicht mehr unterscheiden, wo sie braun und wo sie rot gemeint ist. Bremsen, bremsen auf der ganzen Linie! Weg mit diesem Chor, der einst der Hakenkreuzerei an der Wiege gesungen wurde.

Friedlicher Schlummer

»... Du herziger Schelm, Malregen macht groß!

Nun mußst du den lieben Gott auch loben, Denn der schickte von seinem Himmel droben Den Regen, weil unser kleiner Mann Das Wachsen noch tüchtig brauchen kann.« Und wie sie ihm Kleider auszieht und Schuh, Da fallen ihm auch schon die Augen zu, Er hört der Mutter Stimme nicht mehr Und träumt von Säbel und Schießgewehr.

(Westfälische Landeszeitung Nr. 146.)

Der Trost

»Wenn die deutsche Frau in das Haus geht, so ist sie auch Betriebsführerin im Hause.«

(Reichsfrauenführerin Scholtz-Klink auf der Kundgebung der NS-Frauenchaft in der Deutschland-Halle, Berlin.)

Spitzel und Lockspitzel

Streifzüge durch die Revolutionsgeschichte

II

Die russischen Erfahrungen

Als im Jahre 1881 die revolutionäre Organisation Narodnaia volia (Volkswille) den Zaren Alexander II. ermordete, wurde als Instrument der Verteidigung des Zarismus die Ochrana gegründet. Diese polizeiliche Organisation war zu ihrer Zeit wahrscheinlich das technisch Vollkommenste, was es auf diesem Gebiet gab. Als nach der bolschewistischen Revolution die Archive der Ochrana in die Hand der Bolschewiki fielen, wurden ihre Methoden und ihre Kenntnisse zugänglich und zugleich die Namen ihrer Spitzel. Die Liste der Verräter aus dem Lager der revolutionären Partei war groß, und viele dieser Verräter hat die Rache der stegreichen Revolutionäre ereilt. Die Methoden der Ochrana aber sind zum Vorbild der Methoden der bolschewistischen geheimen Polizei geworden.

Die Ochrana besaß ein gewaltiges Spitzelnetz über die ganze Erde hinweg. Auch vor der Aufdeckung ihrer Archive sind die wichtigsten ihrer Spitzel entlarvt worden: Degajew, führendes Mitglied der Narodnaia volia, der seine Organisation verrät, Jitomirski, verantwortlicher Parteiarbeiter der Gruppe Lenins, der Lenins Vertrauensmann Kamo verrät, so daß er in Berlin verhaftet und nach Rußland ausgeliefert wurde, Asew, der Leiter der Kampfrevolution der Sozialrevolutionäre und größte Agent der Ochrana — neben den kleinen anderen. Der Fall Asew, die Doppelrolle, die dieser Mann gespielt hat, seine Entlarvung durch Burzew sind weltbekannt.

Ueber das Maß der Durchdringung der revolutionären Organisationen und ihrer Leitungen mit Ochranspitzeln unterrichtet kurz das Buch von Boris Souvarine über Stalin. Es schildert, wie im Jahre 1912 Stalin von Lenin bestimmt wurde, die bolschewistische Fraktion in der Duma auf der richtigen Linie zu halten und sie von den Sozialdemokraten abzuspalten, und wie Stalin nach kurzer Zeit verhaftet wurde. Souvarine fährt dann fort:

»Stalin war von dem bolschewistischen Führer in der Duma denunziert worden, dem Hauptvortrag der Parlamentsreden, die Lenin verfaßt hatte und die dieser Mann vor der Verlesung im Parlament der politischen Polizei zu lesen gegeben hatte, von dem Arbeiter Malinowski, Mitglied des bolschewistischen Zentralkomitees und Agent der Ochrana.

Die politische Polizei begnügte sich nicht damit, in den revolutionären Organisationen Spitzel und Provokateure zu unterhalten. Sie manövrierte auf verschiedene Arten die Parteien, die Gruppen und die Menschen gegeneinander, indem sie nach Bedürfnis ihre Pläne hintertrieb, wobei sie die theoretischen Streitigkeiten ausnutzte. Der Bruch Plechanows mit der Gruppe Volkswillen war von den geheimen Polizeilagern Degajew begünstigt worden, den die Polizei zu Tikhomirov geschickt hatte, um ihn zur Unversöhnlichkeit aufzustacheln. Der Pope Gapon, der Held des blutigen Sonntags von 1905 wurde zu einem Werkzeug der Ochrana und wurde auf Befehl der sozialrevolutionären Partei exekutiert. Die Kampforganisation dieser Partei, die in den Händen des Provokateurs Asew war, diente den Plänen der Polizei und der Regierung während sie Attentate gegen Minister und Großherzöge und gegen den Zar persönlich vorbereitete. Stolypin wurde von einem Polizeiterroristen ermordet. Die bolschewistische Partei war von oben bis unten mit Spitzeln verseucht; Malinowski, Jitomirski, Romanov, Lobov, Tschernomazov, die bekanntesten, erfüllten Funktionen von »verantwortlichen Parteiarbeitern«. Auf dem kleinen geheimen bolschewistischen Kongreß in Prag befanden sich unter 28 anwesenden Delegierten mindestens vier Lockspitzel, die in der Folge entlarvt wurden. Die Rundschreiben und Berichte der Polizei stellen durch ihre Genauigkeit und durch ihren Reichtum an Informationen eine bemerkenswerte Nachrichtenquelle dar, auf die jeder Historiker zurückgreifen muß. Besonders ist die Bewegung der Konfiguration der Fraktionen

der Sozialdemokratie in Tableaux von photographischer Exaktheit registriert. Die Spitzel waren aus erster Hand informiert.

Die sozialdemokratische Gruppe in der Duma war nicht nur durch den Willen Lenins gespalten worden. Der General P. Zavarzine schreibt in seinen »Erinnerungen eines Ochrana-Chefs«: »Malinowski setzte seine geheime Mitarbeit unter dem Direktor des Polizeidepartements Bielezki fort, der ihm riet, eine Spaltung unter den Sozialdemokraten in der Duma herbeizuführen, um die Bedeutung dieser Fraktion, die dreizehn Mitglieder zählte, zu vermindern. Malinowski folgte diesem Rat und erzielte das gewünschte Ergebnis, ohne den geringsten Argwohn bei seinen Genossen hervorzurufen.«

Schließlich aber bildete sich ein immer präzisere Argwohn im Geiste von Bolschewisten wie A. Trojanowski und bei den Menschewisten, die eine Untersuchung über den Präsidenten der bolschewistischen Parlamentsfraktion verlangten. Lenin schlug zurück, indem er Malinowski deckte und Martow aufforderte, seine Verleumdungen in der Schweiz zu wiederholen, damit man sie »vor dem Tribunal der freien Schweizer Republik« klären könne.

Lenin schenkte Malinowski ein unbegrenztes Vertrauen. Er hatte im Juli 1913 im Dorfe Poronino in Galizien ein Landhaus gemietet, und dort fand eine Konferenz von fünf Mitgliedern des Zentralkomitees statt: Lenin Krupskaja, Zinowjew, Kamenew, Malinowski. Der letztere war also über alles auf dem Laufenden. Auf Grund kürzlicher Verhaftungen führender Bolschewiki wurde ein engerer Zirkel von drei Mitgliedern gebildet, der Generalvollmacht hatte, und beauftragt war, im größten Geheimnis die Männer des Vertrauens zu bezeichnen und zu beauftragen. Krupskaja und Kamenew zogen sich zurück, Malinowski blieb also im engsten Zirkel. Unter den Entscheidungen, die dieser Zirkel traf, beschäftigte sich die eine mit der geplanten Flucht von Sverdlow und von Stalin, die beide deportiert waren. Die Ochrana, die alsbald von Malinowski unterrichtet wurde, ergriff selbstverständlich ihre Maßnahmen, um die Entweichung zu verhindern. Im September und Oktober fand eine neue Konferenz in der Nähe von Poronino mit 18 Delegierten und vier Eingeladenen statt: zwei Berichte, die später im Ministerium des Innern aufgefunden worden, gaben einen detaillierten Bericht über die Konferenz. Malinowski, immer dabei, wurde als Stellvertreter von Lenin im Internationalen Sozialistischen Büro ernannt.

Im Juli 1914 hatte das Internationale Sozialistische Büro alle Fraktionen der russischen Sozialdemokratie nach Brüssel

eingeladen, um der unendlichen Spaltung ein Ende zu machen. Plechanow, Rosa Luxemburg, Axelrod, Martow, Trotzki usw. nahmen an der Sitzung teil. Lenin nahm nach seiner Gewohnheit nicht teil, sondern ließ eine lange Denkschrift verlesen, in der er die Anerkennung der bolschewistischen Partei als authentischer Sektion der Internationale forderte. Vandervelde und Kautsky hatten Mühe, die Entrüstung der anwesenden Russen zu beschwichtigen und Plechanow vergaß sich so weit, daß er Lenin als Dieb bezeichnete, dem es nur auf die Kasse ankäme, was den Vorsitzenden verpflichtete, ihm das Wort zu entziehen. (So liest man dies in einem Bericht an die Ochrana — aber das war schon der Ton dieser Debatte!) Wenn Malinowski nicht in Oesterreich zurückgehalten worden wäre, um sich von dem ersten Verdacht zu reinigen, — von dem ihn Lenin später noch einmal im Jahre 1917 reinwusch — hätte er das bolschewistische Dokument verlesen, nachdem er es schon zuvor kopiert und nach Petersburg zur Ochrana geschickt hatte.

Die Konferenz von Brüssel lud einstimmig bei Enthaltung der leninistischen und der lettischen Delegation alle russischen Sozialdemokraten ein, sich zu einigen. Das paßte der Ochrana nicht. Ein Rundschreiben des Polizeidepartements übermittelte alsbald Instruktionen »an alle geheimen Mitarbeiter, die an den verschiedenen Parteikörperschaften teilnehmen, mit Festigkeit, Beharrlichkeit und unverzüglich die Idee der absoluten Unmöglichkeit der verschiedenen Strömungen zu vertreten und besonders die Unmöglichkeit jeder Einigung zwischen Bolschewisten und Menschewisten.« (S. 129 ff.)

Malinowski wurde erst nach der Revolution entlarvt. Die schließliche Entlarvung Asews, des größten Provokateurs der Ochrana, wurde möglich, weil der frühere Chef des russischen Polizeidepartements, Lopuchin, dem Entlarver Burzew eingestand, daß Asew, der Plehwe und den Großfürsten Sergius ermorden ließ und noch ein Dutzend anderer Attentate organisierte, Polizeiagent sei. Lopuchin erhielt deshalb einen Prozeß wegen Staatsverrats. Dem Chef der Ochrana, der ihm Vorwürfe machte und ihn mit dem Tode bedrohte, sagte er: »Das schreckt mich nicht. Aber glauben Sie nicht, daß ich Asew den Revolutionären ausliefern, weil ich mit der Revolution sympathisiere. Ich stehe auf der anderen Seite der Barrikade, ich tue es aus moralischen Erwägungen.«

Der Kampf, den jede revolutionäre Organisation gegen die Spitzelpest führt, dient nicht nur der Selbstverteidigung. Es ist ein moralischer Kampf, in dem das bessere Prinzip gegen die unmoralische Waffe, die sittliche Idee gegen die Gemeinheit des Despotismus kämpft!

Angst vor »Rasse-Klassen« Der Reichsarztchef bekreuzigt sich

Der Reichsarztchef Wagner hielt auf der Gartung des nationalsozialistischen Aerztbundes in Ostpreußen eine große Rede. Er sagte u. a.:

»Auch der deutsche Arzt ist in erster Linie politischer Soldat des Führers!... Der NSD-Aerztbund betrachtet es als seine vornehmste Pflicht, die Zuverlässigkeit des deutschen Arztes in seinem Beruf, als Mensch und als Nationalsozialist zum Gegenstand seiner Arbeit zu machen, da der Nationalsozialismus mit Recht den Standpunkt vertritt, daß diese Wertmerkmale von der Persönlichkeit ausgehen, während fachliches Wissen mit einigermaßen Verstandeskräften erworben werden können.

Diese Einschätzung des ärztlichen Berufes, die bei den maßgebenden Instanzen in der Tat allgemein anerkannt wird, hat bereits hübsche Früchte gezeitigt. Die jungen Aerzte, bestrebt in erster Linie ihre Zuverlässigkeit als politische Soldaten zu erweisen, vernachlässigen ihre fachliche Bildung aufs stärkteste, schwänzen wissenschaftliche Vorträge, um statt dessen an Gopöckmärschen teilzunehmen, und legen soviel Wert darauf, das SA-Reglement zu beherrschen, daß ihnen zur Beachtung der neuen Erkenntnisse auf dem Gebiet der Medizin gar keine Zeit bleibt. Kein Wunder, daß selbst alte Pgs. es vor-

ziehen, sich im Krankheitsfalle an die alt-eingesessenen Aerzte zu wenden, ganz gleich, ob sie sich gleichgeschaltet haben oder nicht, ob sie parteifromm oder oppositionell, arisch oder nichtarisch, wotanogläubig oder katholisch sind. Diese Vertrauenskrise hat die Krankenkassen bereits veranlaßt, die freie Arztwahl zu sperren und so den wenig beliebten braunen Schoßkindern manchen Patienten wider Willen zuzutreiben.

Besonders genau nehmens die eifrigen braunen Medizinalsoldaten natürlich mit der Rassenfrage. Und auf diesem Gebiet richten sie denn auch nach besten Kräften einen heillosen Wirrwarr an. Die Rassen-schnüffelerei fängt bei den Schuluntersuchungen an, bei denen die besonders »germanische« aussehenden Kinder den weniger dekorativen immer wieder als Muster hingestellt werden, sie geht bei Ertelung der Ehezeugnisse weiter und begleitet den unglücklichen — ostlich überlagerten oder »fälschlich überschrittenen« — Patienten bis zur Bahre, bis auf den Sziertisch. Sogar der Aerztchef Wagner selbst, der in Fachkreisen als Mediziner durchaus minderen Grades gilt, scheint endlich vor den Geistern zu erschrecken, die er rufen half. Seine oben zitierte Königsberger Rede enthielt eine Beschwörung, die in der Parteipresse folgendermaßen wiedergegeben wird:

»Warnende und ablehnende Worte fand er (Wagner), insbesondere gegen alle jene Unberufenen, die sich immer wieder unmaßgeblich mit Rassenfragen befassen, und doch nichts weiter als Minderwertigkeitsgefühle in das Volk tragen. Es gehe vor allen Dingen nicht an, daß — nachdem der marxistische Klassenkampfgedanke besichtigt ist — verschiedenen »Rassen-Klassen« innerhalb unseres Volkes mit bestimmten Werturteilen aufgestellt würden.«

Auf der einen Seite fordert dieser Führer seine Trabanten also auf, »in erster Linie politische Soldaten des Führers zu sein«, auf der anderen Seite verbietet er ihnen, ihre Strammheit auf dem Gebiet zu betätigen, das bei allen offiziellen Anlässen als tragende Stütze des Dritten Reiches gepriesen wird — auf dem Gebiet der Rassenfrage. Es zeigt sich immer wieder: je mehr die braunen Hauptheiden befehlen, verbieten, hinweisen, wegweisen nahelegen und warnen — desto größer wird das Tobuwabohu in den Köpfen, desto weniger wissen die karrierehungrigen, zu allen Konzeptionen bereiten Mitgänger, was gebahnt und was gestochen ist.

Olympische Sittlichkeit

In Deutschland soll während der Olympiade nicht nur die Judenhetze abgeblasen werden — auch der sonst allenthalben geförderten, im BDM geradezu angebeteten Zuchthoffreiheit geht das Komitee energisch zuleibe. Die ungewohnte Beschränkung muß natürlich mit ungewöhnlichen Maßnahmen erzwungen werden. Deshalb gelten für das Olympische Dorf in Döberitz die folgenden Bestimmungen:

Die Bewohner des Dorfes dürfen keinen Damenbesuch empfangen. Die zu den abendlichen Festspielen »benötigten« weiblichen Darsteller werden von einem verheirateten Offizier durch einen Sondereingang der Festbühne zugeführt und entzogen. Die Gattin des Lagerkommandanten ist die einzige Frau, die sich in Döberitz aufhalten darf.

Man scheint der Ehre, die Hitler der deutschen Frau angeblich wiedergegeben hat, nicht recht zu trauen.

Man flüstert in Berlin

Hitler, Göring und Göbbels beschließen, dem lieben Gott, der ihnen den Weg zur Macht und zur Rettung Deutschlands gebahnt hat, ein gigantisches Marmordenkmal vor dem Berliner Dom zu setzen. Dabei entspinnt sich eine längere Debatte über die Inschrift des Monuments. Göring schlägt vor: »Die Allmächtigen dem Allmächtigsten!« Göbbels wendet ein: »Das ist nicht propagandistisch wirksam und viel zu lang. Besser ist: »Wir-Dir!«

Darauf eine dröhnende Stimme aus Himmlsböhen: »Ehr-Mich!«

Mythos

»Das Leben ist kein Zuckerlecken, und solles nicht sein. Harte Tatsachen allein machen das Leben lebenswert und menschenwürdig. Ein Leben ohne Kampf ist ein Leben ohne Sinn.«

Aus dem »Westdeutschen Beobachter«.

Neuer Vorwärts

Sozialdemokratisches Wochenblatt

Herausgeber: Ernst Sattler; verantwortlicher Redakteur: Wenzel Horn; Druck: »Graphiae«; alle in Karlsbad. Zeitungstarif bew. m. P. D. Zl. 159.334/VIL-1933. Printed in Czechoslovakia.

Der »Neue Vorwärts« kostet im Einzelverkauf innerhalb der CSR Kč 1.40 (für ein Quartal bei freier Zustellung Kč 18.—). Preis der Einzelnummer im Ausland Kč 2.— (Kč 24.— für das Quartal) oder deren Gegenwert in der Landeswährung (die Bezugspreise für das Quartal stehen in Klammern): Argentinien Pes. 0.30 (3.60), Belgien Belga 0.48 (5.90), Bulgarien Lew 8.— (96.—), Danzig Guld. 0.45 (5.40), Deutschland Mk. 0.25 (3.—), Estland E. Kr. 0.22 (2.64), Finnland Fmk. 4.— (48.—), Frankreich Frs. 1.50 (18.—), Großbritannien d 4.— (Sh. 4.—), Holland Gld. 0.15 (1.80), Italien Lir. 1.10 (13.20), Jugoslawien Din. 4.50 (54.—), Lettland Lat. 0.30 (3.60), Litauen Lit. 0.55 (6.60), Luxemburg B. Frs. 2.45 (29.50), Norwegen Kr. 0.35 (4.20), Oesterreich Sch. 0.40 (4.80), Palästina P. Pf. 0.020 (0.216), Polen Zloty 0.50 (6.—), Portugal Esc. 2.— (24.—), Rumänien Lei 10.— (120.—), Schweden Kr. 0.35 (4.20), Schweiz Frs. 0.30 (3.60), Spanien Pes. 0.70 (8.40), Ungarn Pengö 0.35 (4.20), USA. 0.68 (1.—).

Einzahlungen können auf folgende Post-scheckkonten erfolgen: Tschechoslowakei: Zeitschrift »Neuer Vorwärts« Karlsbad, Prag 46.149. Oesterreich: »Neuer Vorwärts« Karlsbad, Wien B-198.304. Polen: »Neuer Vorwärts« Karlsbad, Warschau 190.163. Schweiz: »Neuer Vorwärts« Karlsbad, Zürich Nr. VIII 14.697. Ungarn: Anglo-Czechoslovakische und Prager Creditbank Filiale Karlsbad, Konto »Neuer Vorwärts« Budapest Nr. 2029. Jugoslawien: Anglo-Czechoslovakische und Prager Creditbank, Filiale Belgrad, Konto »Neuer Vorwärts«, Beograd Nr. 51.005. Genaue Bezeichnung der Konten ist erforderlich.